Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 134 | Freitag, den 10 Juni 1904. | 11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 8. Juni 1904.

Der Kampf um den Taler. — Kaufmannsgerichte.

Der Reichstag erledigte am Mittwoch zunächst die zweite Lesung der Novelle zum Münzgesetz. Dabei wurde der „Kampf um den Taler“ eifrig fortgesetzt. Man stritt sich herum, ob der Taler in Süddeutschland moralische Eroberungen gemacht, was von einem bayrischen Zentrumsabgeordneten behauptet, von einem bayrischen Bundesbevollmächtigten aber bestritten wurde. Die eine Seite behauptet, daß die Industrie für die Lohnzahlungen das Fünfmarkstück brauche, die andere Seite meinte wieder, daß die Arbeiter auf den harten Taler besonders versessen seien. Schließlich mischte sich auch noch Herr Dr. Arendt mit seiner unvermeidlichen Währungsrede hinein. Das Ergebnis war, daß der Kommissionsbeschluß, der die Neuausprägung von Dreimarkstücken in das Gesetz schreibt, aufrecht erhalten blieb. Die Bitte des Schatzsekretärs, sich auf eine Resolution zu beschränken, ist also unberücksichtigt geblieben. Auch die Beschlüsse der Kommission über die äußere Form, die das neue Fünfzigpfennigstück erhalten soll, wurden aufrecht erhalten und eine Resolution der Freisinnigen, die mit anderen Vorschlägen kam, abgelehnt.

Dann wurde mit der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes wegen der Kaufmannsgerichte begonnen. Unsere Fraktion hat sich auf wenige prinzipielle Anträge beschränkt. Der wichtigste mit lag zu § 1 vor und enthielt die Forderung auf obligatorische Einführung der Kaufmannsgerichte. Diese Forderung wurde von den Genossen Lipinski und Singer mit guten Gründen verteidigt, aber nur die Antisemiten schlossen sich uns in Rücksicht auf die Wünsche des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes an. Als prinzipieller Gegner der Kaufmannsgerichte wagte sich nur der Hamburgische Reederadvokat Dr. Semler hervor. Er fand es beklagenswert, daß die Handlungsgehilfen stets und ständig ihr Recht gegen die Prinzipale wahrnehmen sollten, leistete sich die kühne Behauptung, daß bei der Konkurrenzklausel die Arbeitgeber die schwächeren seien und jammerte darüber, daß so gar keine Rücksicht auf die Interessen der Großkaufleute genommen würde. Genosse Singer leuchtete diesem Verteidiger der Unternehmerinteressen gründlich heim, und auch die nationalliberale Fraktion desavouierte seinen Standpunkt in milder Form. Unser Antrag wurde abgelehnt und die ersten vier Paragraphen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Darin ist auch die von der Regierung bekämpfte Erweiterung enthalten, daß in Orten von 20 000 Einwohnern — an die Regierungsvorlage hatte 50 000 vorgesehen — Kaufmannsgerichte errichtet werden können. Morgen geht die Beratung weiter.

---

93. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Freiherr v. Stengel.

Die zweite Beratung der Novelle zum Münzgesetz wird fortgesetzt.

Osel (Z.): Die Vorlage hat eigentlich nur dadurch Bedeutung erhalten, daß man die Erhaltung des Talers als gewöhnliche Scheidemünze in der Kommission beschlossen hat. Auch in Süddeutschland ist der preußische Taler sehr gern gesehen im Gegensatz zu den Fünfmarkstücken, die durch ihre Größe sehr bald die Geldbeutel ruinieren. (Sehr richtig!)

Bayerischer Bevollmächtigter Ritter v. Burckhardt: Herr Osel hat gesagt, daß ihm ein Taler lieber sei als ein Fünfmarkstück (Abg. Osel: Nein! Nein! Heiterkeit), und so dächten viele Leute in Bayern. Der bayerischen Regierung aber ist von einem Bedürfnis der Bevölkerung nach dem Taler nichts bekannt. Der Taler verstößt gegen das Prinzip des Münzgesetzes, und ich kann namens der bayerischen Regierung erklären, daß sie dem Gesetz in der von der Kommission beschlossenen Fassung die Zustimmung versagen würde. Wenn dagegen der Wunsch nach Ausprägung von Talern in der Form einer Resolution angenommen wird, sind wir bereit, Erhebungen nach dieser Richtung zu veranstalten.

Dr. Pachnicke (FVg.): Das ganze Volk will den Taler, sagt man. Es ist aber immer verdächtig, wenn so ganz allgemein von dem Willen des Volkes gesprochen wird. (Hört! Hört! rechts.) Die Erfahrung der Zentralstelle unseres Münzwesens hat ergeben, daß die Taler müßig in den Kellern der Reichsbank lagern. Weder der Reichsbank noch der Post ist es gelungen, diese Taler wieder in den Verkehr zu bringen; sie strömen stets wieder zurück. Der Taler widerspricht auch dem Dezimalsystem, und es ist doch kein Zufall, daß fast alle Staaten zu diesem System übergegangen sind. — Daß übrigens die Bimetallisten sich jetzt auf das Dreimarkstück zurückgezogen haben, beweist, daß die Ritter vom Silber endgiltig die Waffen niederlegen. Wir haben nicht mehr die Freude, daß Herr von Kardorff in seiner jährlichen Etatsrede der Goldwährung den Krieg erklärt, dafür aber die nachhaltigere Freude, daß unser Münzsystem jetzt gesichert ist. (Bravo! links).

Raab (Antis.): Der Schatzsekretär gibt uns den Rat, die Ausprägung von Dreimarkstücken nicht ins Gesetz zu schreiben, sondern in einer Resolution zu fordern. Resolutionen an den Bundesrat sind aber ungeeignete Mittel am ungeeigneten Objekt. (Heiterkeit). Resolutionen läßt sich der Bundesrat ganze Waschkörbe voll schicken, kümmert sich aber durchaus nicht darum. (Sehr richtig!) Auf eine Resolution dürfen wir uns also nicht einlassen. — Redner polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Pachnicke über den Wert der Goldwährung. Ueberhaupt sollten dem Volke alte, liebe Gewohnheiten, wie es der Taler ist, nicht aus der Hand genommen werden. (Sehr richtig! rechts). Diese handliche, unentbehrliche Münze muß dem Volke erhalten bleiben. (Bravo! rechts).

Sartorius (FVp.): Ich bin erstaunt über den demokratischen Geist, der plötzlich auf der Rechten aufgeblüht ist. Die Stimme des Volkes soll in der Münzfrage entscheiden. Ueber diesen Wandel in den Anschauungen der Rechten freue ich mich um so mehr, als gerade in der letzten Zeit in den führenden Organen dieser Partei ganz anders gesprochen wurde, besonders in bezug auf das Reichstagswahlrecht. (Sehr gut! links). Aber bei der Münze wollen wir doch lieber unser wohlgeordnetes Dezimalsystem behalten. (Bravo! links).

Bartling (NL.) erklärt, daß die große Mehrzahl seiner Freunde im Interesse der kleinen Geschäftsleute für die Beibehaltung stimmen würde.

Dr. Arendt (Rp.): Die Bimetallisten haben ihre Taktik nur deswegen geändert, weil die Goldproduktion so stark zugenommen hat. Wir wollten damals die Agrarier ihre Schulden ebenso wenig billig los werden lassen, wie Sie im Interesse der Minenbesitzer handeln. Sobald die Goldproduktion wieder abnimmt, wird die internationale Doppelwährung die notwendige Konsequenz sein. Die Beliebtheit des Talers ist eine so große, daß ein Referendum über sie eine erdrückende Mehrheit für denselben ergeben würde. (Bravo! rechts.)

Dr. Müller-Sagan (FVp.) erklärt, daß bei der dritten Lesung seine Freunde diese hochwichtige Frage nur von einem beschlußfähigen Hause entscheiden lassen würden.

Gothein (FVg.): Wenn Herr Arendt bis zum Abnehmen der Goldproduktion Waffenstillstand für die Bimetallisten proklamiert, so ist das sehr beruhigend für uns, denn die Goldproduktion wird sicherlich so bald nicht abnehmen. (Sehr wahr! links.)

Damit schließt die Diskussion.

Das Gesetz wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Eine vom Abg. Blell (FVp.) eingebrachte und befürwortete Resolution, die Rückseite der neuen Fünfzigpfennigstücke mit Reichsadler und Eichenkranz zu versehen, um sie besser von dem Fünfpfennigstück zu unterscheiden, wird, nachdem die Abgeordneten Kirsch (Z.) und Dr. Arendt (Rp.) sowie der Reichsschatzsekretär Freiherr v. Stengel den Vorschlag auf Grund früherer Erfahrungen als unpraktisch bezeichnet haben, gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Freisinnigen abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Kaufmannsgerichte.

§ 1 der Vorlage bestimmt, daß zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnisse zwischen Kaufleuten einerseits und ihren Handlungsgehilfen oder Handlungslehrlingen andererseits bei vorhandenem Bedürfnisse Kaufmannsgerichte errichtet werden können.

Hierzu liegt ein Antrag Auer und Genossen vor, welcher die obligatorische Errichtung von Kaufmannsgerichten für diese Streitigkeiten verlangt.

Lipinski (SD.) begründet den Antrag. Es könnten ja mehrere Gemeinden zu einem Gerichtsbezirk zusammengezogen werden, aber das Bedürfnis nach Kaufmannsgerichten sei vorhanden; den Gemeinden könnte man es nach den Erfahrungen bei den Gewerbegerichten nicht überlassen. Also empfehle sich der Vorschlag der Sozialdemokratie.

Trimborn (Z.), Beck-Heidelberg (NL.), Dove (FVg.) erklären gegen den Antrag Auer stimmen zu müssen, da Sondergerichte nur da geschaffen werden sollten, wo ein besonderes Bedürfnis vorliege.

Lattmann (Antis.): Wir stehen prinzipiell auf dem Boden des Antrages Auer, verzichten aber auf seine Annahme, da sonst das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet ist.

Henning (K.): Nur wenn der Antrag Auer abgelehnt wird, können wir für das Gesetz stimmen.

Dr. Müller-Meiningen (FVg.) erklärt, daß seine Partei dem Gesetz nur unter der Voraussetzung zustimme, daß endlich mit der Atomisierung der Rechtspflege, der Schaffung von Sondergerichten, ein Ende gemacht werde.

Dr. Semler (NL.) legt wiederholt seinen ablehnenden Standpunkt dar, den er schon in der ersten Lesung vertreten hat. Das ganze Gesetz sei nur die Frucht der Agitation des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Wenn der Staat wie hier Hoheitsrechte aufgibt, so ist das ein sehr bedeutendes Zeichen der Schwäche. Die Gewerbegerichte könnten Streiks verhüten, aber Handlungsgehilfen streiken nicht. Man solle die jungen Handlungsgehilfen nicht immerzu darauf hinweisen, ihr Recht wahrzunehmen. (Lachen b. d. Soz.) Die Städte unter 20 000 Einwohner von Kaufmannsgerichten auszunehmen, sei schon ganz und gar unlogisch. Für weibliche Handlungsgehilfen bedeutet es geradezu eine Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes, daß sie der Rechtsprechung ihrer allerschärfsten Konkurrenten, der männlichen Handlungsgehilfen, unterworfen werden. Die Ueberweisung der Rechtsprechung über die Konkurrenzklausel an die Kaufmannsgerichte bedeutet eine schwere Gefahr für den selbständigen Kaufmann. In dieser Hinsicht ist der Arbeitgeber der wirtschaftlich Schwächere. (Widerspruch b. d. Soz. Abgeordneter Singer ruft: Gerade das Gegenteil ist richtig.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Dem Herrn Vorredner ist ein in der parlamentarischen Geschichte nicht selten vorkommendes Malheur passiert: einer seiner Gründe schlägt den anderen tot. Die Erkenntnis, daß ohne persönliche Schuld der Richter unsere Rechtsprechung zu langsam für die Leute arbeitet, welche auf Arbeitsverdienst unter wechselnden Verhältnissen angewiesen sind, hat zur Errichtung der Gewerbegerichte geführt und führt jetzt zur Errichtung der Kaufmannsgerichte. Wenn Herr Semler meint, das Gesetz verdanke einer Agitation seinen Ursprung, so ist darauf zu erwidern, daß aus Agitation schon genug Gesetze entsprungen sind, denen die Parteifreunde des Vorredners begeistert zugestimmt haben. (Sehr richtig!) Der Meinung bin ich freilich auch, daß wir nunmehr mit der Schaffung von Standesgerichten Halt machen und unser Augenmerk auf die zeitgemäße Reform unseres Amtsgerichtsverfahrens richten müssen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es bedeutet keine Preisgabe der Staatshoheit, wenn der Staat die Lösung bestimmter Aufgaben auf andere Verbände, Gemeinden usw. überträgt. (Sehr richtig!) Die Einführung der Kaufmannsgerichte schon in Orten mit 20 000 Einwohnern wird von der Mehrheit der verbündeten Regierungen schwerlich als eine Verbesserung angesehen werden. Ich möchte daher bitten, die Regierungsvorlage wiederherzustellen, welche Kaufmannsgerichte erst in Gemeinden von 50 000 Einwohnern vorsieht.

Singer (SD.): Herr Semler steht wohl mit seiner Gegnerschaft gegen die Kaufmannsgerichte überhaupt, darauf lief seine Stellungnahme doch schließlich hinaus, heute ziemlich allein. Den Großkaufleuten, in deren Mitte Herr Semler verkehrt, ist das natürlich gleichgültig, ob ein Prozeß drei Jahre oder vier Wochen dauert. Für die Handlungsgehilfen aber, die inzwischen keine andere Stellung finden können, die nicht von dem Orte fort können, ehe der Prozeß entschieden ist, ist die Schaffung solcher Gerichte von eminenter Wichtigkeit. Herr Bassermann hätte sicher über die Rede des Herrn Semler die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen; er wäre erstaunt, wie weit die Fraktion in seiner Abwesenheit degeneriert ist. (Große Heiterkeit.) Herr Semler behauptete, die Vorlage entspringe nur einer wilden Agitation. Für Flottenpolitik, für den Zolltarif, die Lebensmittelzölle haben die Hexen mit Herrn Bassermann an der Spitze eine Agitation getrieben, die geradezu weiß in schwarz verwandelt hat. (Sehr richtig! links.) Herr Semler erklärte es für inkonsequent, die Kaufmannsgerichte auf Städte mit 20 000 Einwohnern zu beschränken. Hoffentlich stimmt er dann für unsern Antrag. Er schüttelt den Kopf. Nun, Konsequenz kann man von einem Nationalliberalen auch nicht erwarten. (Große Heiterkeit.) Ich bitte Sie dringend, unsern Antrag anzunehmen. (Bravo links.)

Trimborn (Z.): Herr Singer hätte sich seine Rede sparen können. (Heiterkeit.) Herr Semler hat sich ja nur gegen die bürgerlichen Parteien gewandt, er hätte also Herrn Semler ruhig mir überlassen können. (Gr. Heiterkeit). Von einer Angliederung an die Amtsgerichte könnte nur dann die Rede sein, wenn diese eine schnelle und billige Rechtsprechung leisteten. Bis dies durchgeführt wird, können wir nicht warten. (Bravo! im Zentrum.)

Lattmann (A.): Die Freunde des Herrn Semler werden gewiß gewünscht haben, daß er die Nordlandsreise mitgemacht hätte. (Heiterkeit). Ich bin überzeugt, daß er mit seiner Stellungnahme allein steht.

Beck-Heidelberg (NL.): Unsere Fraktion steht nach wie vor auf dem alten Standpunkt. Herr Semler hat ausdrücklich gesagt, daß er für seine Person spreche. (Sehr richtig! b. d. Natlib.) Protestieren muß ich aber dagegen, daß Herr Semler einseitig die Interessen der Großkaufleute vertreten habe; er hat für die kleinen Gewerbetreibenden gesprochen.

Damit schließt die Diskussion.

Unter Ablehnung des Antrags Auer wird § 1 in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Vorher dritte Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Reblaus.

Rußland und Japan.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatze liegen keine weiteren Mitteilungen über die letzte angebliche Schlacht bei Port Arthur vor. Es wird sicher noch einige Zeit vergehen, ehe die Japaner den gemeinsamen Angriff zu Lande und zu Wasser gegen Port Arthur unternehmen werden. Vier japanische Kanonenboote unternahmen am Montag eine sehr genaue Rekognoszierung bei Port Arthur zwecks Untersuchung der Einfahrt. Sie waren, wie aus Tokio gemeldet wird, einer scharfen Beschießung ausgesetzt, wobei das Kanonenboot „Nr. 4“ achtmal getroffen wurde und einige Havarie erlitt. Ein Matrose wurde getötet, zwei wurden verwundet. Die „Russische Telegr.-Agentur“ meldet aus

Mukden: Nach hier eingetroffenen Nachrichten beschießt ein aus 9 Schiffen bestehendes japanisches Geschwader seit Dienstag die Küste zwischen Senjutschen und Kaitschou.

Aus Yokohama meldet die „Voss. Ztg.": Admiral Togo berichte, daß das russische Panzerkanonenboot „Gremiastschy" und das Kanonenboot „Geisamak" am 4 Juni außerhalb des Hafens von Port Arthur auf Minen stießen und in die Luft gesprengt wurden. Wie übrigens aus einer Meldung des russischen Kontreadmiral Witthöft an Alexejew hervorgeht, hat die in Port Arthur eingeschlossene russische Flotte noch einen weiteren Verlust zu verzeichnen. Am 26. Mai wurden nachts zehn Torpedoboote ausgesandt, von denen eines auflief und sank. Die Mannschaft wurde gerettet. Dagegen entbehren nach einer amtlichen Meldung aus Tokio die über einen angeblichen Untergang des japanischen Schlachtschiffes „Schikischima" verbreiteten Gerüchte jeglicher Begründung.

Eine Bande von 400 Koreanern griff, wie aus Tokio gekabelt wird, die japanischen Eisenbahnwachen bei Taiphyongol an. Dabei wurden zwei Koreaner getötet und sechs verwundet.

Unter den chinesischen Räuberbanden in der Mandschurei macht sich nach hier eingelaufenen Berichten eine wachsende Rührigkeit bemerkbar. Sie verbrennen das für die Mandschureibahn bestimmte Heizmaterial, wo es ihnen in die Hände fällt, und zerstörten große Vorräte in der Nähe von Chita, der ersten Station der Mandschureibahn. Auf russischer Seite ist man beunruhigt über die unter den chinesischen Truppen an der Grenze herrschende Erregung. Man befürchtet, daß die chinesischen Kommandeure die Gewalt über ihre Leute verlieren werden.

In New York vermutet man, daß das Lake-Unterseeboot „Protektor" an Bord des Dampfers „Fortuna" am Sonntag zur Weiterbeförderung nach Japan verschifft worden ist. Die „Fortuna" traf auf See mit dem britischen Dampfer „New Orleans" zusammen, der von ihr nicht näher angegebene Frachtstücke an Bord nahm. Die „Fortuna" hatte am Sonnabend, nach einem asiatischen Hafen bestimmt, New York verlassen. Nachforschungen ergaben, daß das Unterseeboot „Protektor" am Sonnabend nach New York gebracht wurde, und seitdem jede Spur von ihm fehlt.

Aus Rußland flüchteten in den letzten Tagen etwa 300 Wehrpflichtige, zumeist aus Wolhynien, Odessa und Kischenew nach Lemberg, um von dort nach Wien zu reisen und nach Argentinien auszuwandern. Es verlautet, daß über Brody auch ein russischer Oberst und ein Hauptmann geflüchtet sind.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Seniorenkonvent des Reichstages besprach Mittwoch die Geschäftslage des Hauses. Es sollen zunächst erledigt werden die Gesetzentwürfe über die Kaufmannsgerichte, über die Reblausbekämpfung, über die beiden Kolonialbahnen und die Münznovelle. Ob der Nachtragsetat für Südwestafrika noch an den Reichstag kommt, ist zweifelhaft, da die Rechnungen sehr schwierig sind. Sind diese Vorlagen verabschiedet, dann steht die Vertagung in Aussicht und zwar bis zum November. Bis dahin würden zurückgestellt werden: die Entwürfe über den Totalisator, das Börsengesetz und die Stempelsteuer, die zum Etat eingebrachten bekannten Resolutionen 2c. Mit der Erledigung des noch aufzuarbeitenden Pensums hofft man Ende nächster Woche fertig zu werden.

Kein Pardon! Es ist seit langer Zeit in Deutschland Mode geworden, daß das Publikum die Reden des deutschen Kaisers nur in redigierter und verstümmelter Fassung von der Presse vorgesetzt bekommt. Das ist unter allen Umständen ein Mißstand recht sonderbarer Natur. Während jeder im amtlichen Protokoll genau nachlesen kann, was der unbedeutendste Abgeordnete des kleinsten deutschen Landtags zum unwichtigsten Gegenstand geäußert hat, werden Reden, die das Reichsoberhaupt über die interessantesten und aktuellsten Fragen hält, nur in gedrängtem Auszug, in Form indirekter Rede ins Publikum gebracht. So geschah es auch wieder mit der Ansprache, die Wilhelm II. am Sonnabend an die abreisenden Afrikakrieger gehalten hat. Nun wird vielfach behauptet, daß der kurze und verhältnismäßig farblose Bericht, den die Scherlpresse als einzige bringen durfte, den Inhalt jener Rede nur teilweise wiedergibt, das Bemerkenswerteste aber verschweigt. Der Kaiser soll nämlich, als er von dem „hinterlistigen Feinde" sprach, noch einen Relativsatz angefügt haben, in dem den Soldaten dasselbe Vorgehen gegenüber den Herero anempfohlen wurde, das der Kaiser seinerzeit den Chinakriegern gegenüber den Boxern vorgeschrieben hat. Der Kaiser soll die Herero einen Feind genannt haben, „dem kein Pardon gegeben wird". Der Kaiser ist nach der Verfassung niemand verantwortlich, und auch der Kritik seiner persönlichen, von keinem Kanzler vertretenen, Aeußerungen sind enge Schranken gesetzt. Eine kritische Stellungnahme erübrigt sich überdies in diesem Falle, weil doch nur wiederholt werden könnte, was vor drei Jahren anläßlich der bekannten Chinarede gesagt worden ist. Die Aeußerung selbst ist also weniger interessant als die Tatsache, daß man sie dem Publikum vorenthält.

Freiherr v. Mirbach und die Pommernbank. Was längst vermutet und hier und da auch in mehr oder minder verschleierter Form behauptet wurde, daß nämlich die angeklagten Direktoren der Pommernbank Schultz und Romeick große Beträge der ihnen anvertrauten Gelder dazu verwendet haben, um sich Vorteile und Ehren zu verschaffen, hat Mittwoch der als Zeuge im Pommernbank-Prozeß vernommene Direktor Budde, der Bruder des Eisenbahnministers, klipp und klar enthüllt. Aus seinen sensationellen Aussagen ist zu entnehmen, daß riesige Summen, mehr als eine halbe Million, zu sog. wohltätigen Zwecken, wahrscheinlich Kirchenbauten, an den Hofmarschall der Kaiserin, Freiherrn v. Mirbach, gezahlt wurden, um für die Pommernbank den Titel einer Hofbank zu erhalten. Der Angeklagte Schultz behielt sich eine ev. Erklärung vor; auch die Verteidigung behielt sich vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Nur vorläufig ist also der Zwischenfall erledigt; er wird jedenfalls auch im Gerichtssaale noch zu weiteren Erörterungen führen. Vor allem aber wird sich jetzt die öffentliche Meinung der Angelegenheit bemächtigen und scharfe Kritik üben, nicht nur an den „wohltätigen" Direktoren der Pommernbank, sondern auch an denen, die im Dienste der Wohltätigkeit diese Quellen erschlossen und nutzbar gemacht haben.

Der neue Nachtragsetat für Südwestafrika ist den „Münch. Neuest. Nachr." zufolge noch nicht aufgestellt; sein Abschluß ist sehr schwierig wegen immer neuer Nachsendungen. Dem Vernehmen nach wird er wohl zwanzig Millionen überschreiten. — So jagt ein Kolonial-„erfolg" den anderen. Es ist zu begreifen, daß die Regierung mit der Einbringung dieses Etats zögert, denn Schmeicheleien wird sie bei dessen Beratung nicht zu hören bekommen. Da aber der Reichstag nur noch kurze Zeit versammelt ist, wird sie in den sauren Apfel beißen müssen. Oder will sie schonend darauf vorbereiten, daß sie nach dem Vorgange beim China-Abenteuer ohne die Bewilligung des heimgeschickten Reichstages die weiteren Kosten des Hererokrieges bezahlen und sich nachher „Entlastung" erteilen lassen will? Vielleicht erteilt sie auf eine Anfrage im Reichstage nähere Auskunft über ihre Absichten.

Manteuffel — Minister des Innern? Die „Frankfurter Oder-Ztg." will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, der Landesdirektor der Provinz Brandenburg v. Manteuffel sei als Nachfolger des Ministers des Innern v. Hammerstein für den Herbst in Aussicht genommen. — Ob Hammerstein oder Manteuffel — der Kurs in Preußen bleibt der alte.

Das Ausnahmegesetz für Landarbeiter, die „Bestrafung des Kontraktbruches ländlicher Arbeiter", wurde am Mittwoch vom preußischen Abgeordnetenhause in erster Lesung beraten. Die Redner der Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und des Zentrums erklärten sich, wenn auch letztere mit einem Vorbehalt, für die Vorlage, die von den Abgg. Wolf (FVg) und Goldschmidt (FVp) entschieden bekämpft und von dem Landwirtschaftsminister und dem Justizminister verteidigt wurde. Die Vorlage ging an eine Kommission.

Der Zollkrieg Kanadas gegen Deutschland wird, wie der kanadische Finanzminister Dienstag bei der Einbringung des Budgets im Hause der Gemeinen erklärte, fortgesetzt werden; er soll sogar noch eine teilweise Verschärfung erfahren. Aus Ottawa wird darüber berichtet: Der Minister teilte mit, die Regierung werde die Zollpolitik gegenüber deutschen Waren und die Politik der Vorzugstarife fortsetzen. Durch die Anwendung des Zuschlagszolles auf deutsche Waren habe bereits die Einfuhr aus Deutschland in 10 Monaten des Steuerjahres um 38 Prozent gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Im vergangenen Jahre habe Deutschland 174 Millionen Pfund Zucker nach Kanada gesandt; seit Erhebung des Zuschlagzolles sei dieser Handel fast ganz nach den englischen Antillen abgelenkt worden.

Die Menckschen Scharfmachereien finden selbst bei den sächsischen Industriellen keine Gegenliebe. Wie aus Dresden berichtet wird, billigte Dienstag der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller den Beitritt des Verbandes zu der am 17. Mai d. J. begründeten Freien Vereinigung der Arbeitgeber-Verbände und beschloß gleichzeitig, den der Vereinigung vorsitzenden Gesamtverband deutscher Metallindustrieller zu ersuchen, die Erklärung abzugeben, daß die Vereinigung der vom Abgeordneten Menck betriebenen Agitation gegen das Reichstagswahlrecht fernstehe und jede Behandlung dieser Frage durch den zu errichtenden Arbeitgeberbund entschieden ablehnen werde. Man darf gespannt sein, an wen sich Menck nunmehr heranwerfen wird, nachdem er auch hier abgeschüttelt worden ist.

Zu einer anständigen Versorgung der Kriegsinvaliden hat sich unser „ruhmreiches" deutsches Vaterland noch immer nicht aufschwingen können, obwohl für andere Zwecke massenhaft Geld verpulvert wird. In wahrhaft generöser Weise scheint jedoch der Staat die Kriegsteilnehmer zu behandeln, die es inzwischen zum Stabsoffiziers- und Generalsrang gebracht haben, wenn es nämlich richtig ist, was in der liberalen „Augsburger Abendzeitung" „ein verwundeter Kriegsinvalide von 1870" — zweifellos ein Offizier — erzählt. Er teilt nämlich mit, daß sich jetzt plötzlich eine große Anzahl von höheren Offizieren erinnert, daß sie — nachdem sie inzwischen in langem Friedensdienst ihre hohen Chargen und Gagen erreicht haben — durch den Krieg auch eigentlich noch krank und invalid geworden seien. Sie stellten deshalb Gesuche um Gewährung einer Feldzugszulage, die ihnen auch regelmäßig im Betrage von 720 Mk. jährlich bewilligt wurde, während junge Offiziere, die im Kriege verwundet und dienstuntauglich wurden, sich mit einer „Hungerpension" behelfen müssen. Jedenfalls ist es bezeichnend, daß bei hohen Offizieren, die sich bei jeder Aufrückung ihren guten Gesundheitszustand attestieren ließen, die Folgen von Feldzugsstrapazen festgestellt werden können. Wenn Kriegsteilnehmer aus dem Mannschaftsstande sich in der gleichen Situation befinden, dann wird gewöhnlich rundweg bestritten, daß sich nach so langer Zeit noch schädliche Folgen einstellen können.

Schwurgericht und „großes Schöffengericht". Es verlautet, nach der „Vossischen Zeitung", daß die Kommission im Reichsjustizamt, die über die Reform des Strafprozesses berät, ihr Gutachten für die Abschaffung des Schwurgerichts und seine Ersetzung durch ein großes Schöffengericht abgegeben habe. Dieses große Schöffengericht solle die gesetzliche Bezeichnung als Schwurgericht erhalten.

Der Schutztruppe für Südwestafrika gehören nach der vom „Militär-Wochenblatt" veröffentlichten Rang- und Quartierliste insgesamt an: 1 Generalleutnant, 2 Obersten, 2 Oberstleutnants, 12 Majore, 36 Hauptleute, 55 Oberleutnants und 170 Leutnants, ferner 3 Zeug- und Feuerwerksoffiziere, 54 Sanitätsoffiziere, 18 Veterinäre und 14 Militärbeamte.

Verwundete Hererofrauen. Der Berliner „Lokal-Anzeiger" veröffentlicht, gewiß in unverdächtiger Absicht, einen Brief über das Gefecht am Onatoloberge, der „von einem Mitkämpfer" herrührt. In diesem Briefe befindet sich folgende beachtenswerte Stelle: „Die Berechnung von einigen teils verwundeten Hererofrauen ergab, daß das Gefecht den Herero große Verluste beigebracht hatte, und auch einige Orlogmänner gefallen waren." Da man bisher noch nichts darüber vernommen hat, daß Hererofrauen als Amazonen in den Reihen der Männer kämpfen, so fragt man sich verwundert, wie diese Frauen zu ihren Verwundungen gekommen sind. Als ein besonders wirksames Mittel, den Rachedurst des deutschen Volkes zu wecken, hat man bekanntlich die Nachricht verwendet, daß die schwarzen Bestien nicht einmal die Frauen schonten, eine Nachricht, die sich später als das genaue Gegenteil der Wahrheit erwies. Dafür kommt jetzt in der unverfänglichsten und darum glaubwürdigsten Form die Nachricht, daß im gegenwärtigen Rachekriege gegen die Hereros auch Frauen — verwundet werden. „Der Krieg", sagte schon ein griechischer Denker, „ist darin schlimm, daß er mehr böse Leute macht, als er deren hinwegnimmt."

Ein neues Torpedo? Ein Newyorker Blatt berichtet aus Tokio, der japanische Offizier Oda habe ein neues Torpedo, welches automatisch wirke, erfunden. Dasselbe setze die Japaner in den Stand, die russische Flotte in kürzester Zeit zu vernichten. Das Geschoß soll auf eine Entfernung bis zu 150 Meilen wirken und den schwersten Kreuzer bei der Explosion 300 Meter hoch in die Luft heben. Augenblicklich soll der Offizier 15 dieser Torpedos fertiggestellt haben. Der Preis eines solchen Torpedos stelle sich auf 20 000 Dollars. Der Offizier soll geäußert haben, nach seiner Ansicht werde das Torpedo in Zukunft einen Seekrieg unmöglich machen. — Diese schöne Hoffnung ist schon bei mancher kriegstechnischen Entdeckung ausgesprochen worden und hat sich bisher nie erfüllt. Menschenleben sind wohlfeil und müssen vor den sogenannten „höheren nationalen Interessen" zurücktreten.

Kleine politische Nachrichten. Die Budgetkommission des Reichstags hat am Mittwoch den Gesetzentwurf auf Uebernahme einer Reichsgarantie für eine Eisenbahn Dar es Salaam-Mrogowo angenommen unter Festsetzung der Spurweite der Bahnen auf mindestens 1 Meter. — Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. hat den Antrag der Stadtverordnetenversammlung betreffend Erweiterung des städtischen Wahlrechts wiederum abgelehnt. — Das Kriegsgericht der 20. Division in Braunschweig verurteilte den Reservisten Köhler vom 92. Infanterieregiment zu vier Monaten Gefängnis. Köhler hatte in der Trunkenheit einen Offizier beleidigt, der ihn zurechtgewiesen, weil seine Säbelkoppel schief saß. — Nach Meldungen aus Simla wurde der Vormarsch der britischen Expedition gegen Lhassa (Tibet) zum 26. Juni angeordnet. — Die Regierungstruppen von Uruguay haben einen Sieg über eine Abteilung Aufständischer, von denen viele gefallen sind, davongetragen. 4000 Pferde wurden erbeutet.

England.

Korruption im englischen Heer. Vor dem höchsten Gerichtshof in Pretoria kam am 2. Juni ein Fall zur Sprache, der beweist, daß auch in den Offizierskreisen der englischen Armee vieles faul ist. Es handelte sich um eine „Transaktion", die dem Oberst Morgan, dem Leiter des Armeeverpflegungswesens während des Burenkrieges, nachgewiesen wurde. Morgan verkaufte eine Quantität „wertloser Gegenstände", die zur militärischen Ausrüstung gehörten, für 6000 Mk. an den Kläger, einen gewissen Hunter, der diese „wertlosen Gegenstände" sofort weiter verkaufte und zwar mit einem Nettogewinn von 36 000 Mk.! Ein Drittel des Profits überließ Hunter dem Bruder des Obersten Morgan. Jeder Kommentar ist überflüssig, sagte der Vorsitzende des Gerichts. Die „Times" machen dazu die bezeichnende Bemerkung: „Leider bekräftigt diese „Transaktion" alles, was während des Krieges und gleich nach ihm die Spatzen von den Dächern pfiffen, obwohl es das erstemal ist, daß ein authentischer Nachweis gelang. Das Kriegsamt muß unter allen Umständen eingreifen und eine Untersuchung anstellen. Zahlreiche Subalternoffiziere kamen in Untersuchung wegen Verschleuderung von Staatseigentum während des Krieges, aber stets hatte man angenommen, daß wenigstens die höheren Offiziere saubere Hände hätten." — Daß die englischen Offiziere stahlen wie die Raben, darüber war man sich zur Zeit des Burenkrieges allenthalben, auch in London, klar. Eine Untersuchung des Kriegsamtes, das unser englischer Parteigenosse Hyndman einmal in öffentlicher Versammlung „die korrupteste Behörde der Welt" nannte, würde natürlich gar kein Licht in die Materie bringen; denn eine Krähe hackt der andern kein Auge aus.

Eine englische Kolonial-Metzelei. Der „Köln. Ztg." aus glaubwürdiger Quelle aus Britisch-Neuguinea zugehende Meldungen besagen, daß es dort zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Weißen und Schwarzen gekommen sei, als ein englischer Dampfer an der Südostküste von Neuguinea anlegte, um von den Eingeborenen die Auslieferung mehrerer Schwarzen zu verlangen, die an der vor längerer Zeit verübten Ermordung des Missionars Chalmer beteiligt gewesen waren. Die Eingeborenen baten um Gnade und teilten mit, daß sie deshalb bereits streng bestraft worden seien und die Mörder nicht mehr unter ihnen weilten. Als sich 50 Eingeborene zum Regierungsvertreter begaben, denen 100 Schwarze in Booten folgten, eröffnete die Schiffsbesatzung auf die unbewaffneten Eingeborenen ein derartiges Feuer, daß nicht ein einziger die Küste wieder erreichte. Die Regierung hat über diese Massenschlächterei eingehende Untersuchungen angeordnet.

Serbien.

Die Gärung im serbischen Offizierkorps. In Belgrader unterrichteten Kreisen befürchtet man, wie aus Wien gemeldet wird, der 11. Juni, der Gedenktag des Königsmordes, werde in Belgrad schwerlich ruhig verlaufen. Im Schoße des Offizierkorps macht sich wiederum eine Gärung bemerkbar, und unter den Offizieren der Nischer Garnison wurde abermals eine Verschwörung gegen die Königsmörder entdeckt. Der Kriegsminister reiste nach Nisch, um beruhigend auf die Offiziere einzuwirken. Es wird versichert, die Spaltung im Offizierskorps habe solche Dimensionen angenommen, daß ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen beiden Parteien nicht ausgeschlossen erscheint.

Marokko.

Der Sultan von Marokko ordnete an, daß sämtliche von dem Banditen Raisuli gestellten Bedingungen erfüllt würden, um die Freilassung

des Amerikaners Perdicaris und seines Stiefsohnes zu beschleunigen. Mittwoch wurde in den Moscheen ein Brief des Sultans verlesen, wonach der bisherige Gouverneur von Tanger abgesetzt und El Hafid Barrada zum Gouverneuer ernannt wird. Damit ist bereits eine der Bedingungen Kaisulis erfüllt. Es ist aber auch höchste Zeit, daß Perdicaris seine Freiheit wieder erlangt, denn wie aus Washington gekabelt wird, wurden bereits amerikanische Marinesoldaten in Marokko gelandet. Uebrigens wird schon wieder über neue Ueberfälle von Europäern berichtet. Wie die „Times" sich aus Tanger melden lassen, drangen bewaffnete Mauren vom Stamme der Anjera in das Haus eines Engländers ein und bedrohten die Frau desselben mit einer Pistole, bis sie ihnen zwei Gewehre ihres anwesenden Mannes auslieferte. Der Vorfall ereignete sich am hellen Tage. Der englische Konsul verlangte die sofortige Verhaftung der Schuldigen, die marokkanischen Behörden zögern aber, weil der Anstifter zu dem Ueberfall eine einflußreiche Persönlichkeit des Anjerastammes ist. — Berichtigend wird noch über Paris mitgeteilt, daß sich nicht der Thronprätendent Buhamara, sondern der Häuptling Buamama dem Sultan unterworfen hat.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 9. Juni.

Eine interessante Statistik ist kürzlich seitens des hiesigen sozialdemokratischen Vereins veranstaltet worden; eine Statistik, aus der Schlußfolgerungen über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften gezogen werden müssen, die manchem unserer Freunde, aber auch manchem unserer Gegner gerade nicht sehr angenehm klingen werden.

Der Statistik zu grunde gelegt ist die Mitgliederzahl des sozialdemokratischen Vereins am 1. April 1904 mit 1759 Genossen, von denen die Umfragebogen 1708 beantworteten. Von Letzteren sind gewerkschaftlich organisiert 1396 oder 81,73 Proz., nicht gewerkschaftlich organisiert 312 oder 18,27 Proz. — Den Berufen nach verteilen sich die Mitglieder wie folgt: Selbständige Handwerker und Bauunternehmer 170=9,95 Proz., Handwerksgesellen und Arbeiter 1381=80,85 Proz., Kaufleute und Händler 76=4,44 Proz., Gastwirte 26=1,52 Proz., Beamte 18=1,05 Proz., ohne Beruf 4=0,23 Proz. und weibliche Mitglieder 33=1,93 Prozent.

Das Altersverhältnis stellt sich wie folgt: Bis zu 20 Jahren 17=0,99 Proz., bis zu 30 Jahren 537=31,44 Proz., bis zu 40 Jahren 626=36,65 Proz., bis zu 50 Jahren 378=22,13 Proz., bis zu 60 Jahren 114=6,67 Proz., bis zu 70 Jahren 30=1,75 Proz. und über 70 Jahren 6=0,35 Prozent. — Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins sich in der Hauptsache aus im mittleren Alter stehende Leute zusammensetzen, ein Umstand, der in allen Parteiorganisationen in die Erscheinung tritt. Diese Zahlen empfehlen wir den Herren im Adreßhause, die bekanntlich heute noch von den Sozialdemokraten nach dem „berühmten" Muster des freikonservativen Abgeordneten Frege als von „grünen Jungen" sprechen, zur gefl. Beachtung. Aber auch für unsere Parteigenossen sind diese Zahlen von großem Interesse. Geht doch aus denselben zur Genüge hervor, daß die Jugend sich nur zu einem verschwindend kleinen Teile eingereiht hat in die Armee des um politische Befreiung ringenden Proletariats. Nur 17 junge unter 20 Jahre alte Genossen nahmen teil an den politischen Aktionen der Lübecker Arbeiterschaft. Dieses Resultat können wir nicht als ein günstiges bezeichnen. Der Jugend gehört die Zukunft! Soll sie eine würdige und ihrer Aufgabe nach jeder Richtung hin gewachsene Trägerin einer besseren Zukunft sein, dann muß sie schon frühzeitig herangezogen werden zur politischen Mitarbeit, muß mitwirken an dem Bau einer besseren Gesellschaftsordnung, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verschwunden ist. Deshalb muß es auch die Pflicht der Genossen sein, diese jungen Leute unseren Reihen zuzuführen, sie aufzuklären über die Bedeutung des politischen Kampfes. Diese Aufgabe weisen wir insbesondere den Vätern zu, die als klassenbewußte Arbeiter erkannt haben, wie notwendig neben der gewerkschaftlichen auch die politische Betätigung ist. Wenn hier ein jeder Genosse auf dem Posten ist, dann wird es uns auch gelingen, die Jugend mehr als bisher für unsere Sache zu gewinnen und uns eine begeisterungsvolle, von dem Feuer des Sozialismus durchglühte junge Garde zu schaffen.

Doch noch nach einer anderen Richtung hin eröffnet sich uns ein dankbares Agitationsfeld für die politische Organisation. Wir meinen die Heranziehung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur politischen Mitarbeit. Sind doch in Lübeck nur **21,45 Prozent** der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auch politisch organisiert. Zwar haben sich die Gewerkschaften, soweit es irgend angängig ist, völlig neutral zu verhalten; sie sind nicht und sollen auch nicht als wirtschaftliche Körperschaften an ein politisches Programm gebunden sein. Jedem Arbeiter, der in ihre Reihen eintreten will, soll hierzu unbekümmert seiner politischen und religiösen Anschauungen die Möglichkeit geboten werden. Das schließt aber nicht aus, daß die Gewerkschaftsmitglieder sich der sozialdemokratischen Organisation anschließen, ja, daß sie einen nicht geringen Teil ihrer Kräfte dieser Organisation widmen. Sie sind hierzu schon im eigenen Interesse um so mehr verpflichtet, als es doch keinem Zweifel mehr unterliegen kann, daß die Sozialdemokratie und ihre Organe einzig und allein die Interessen der Arbeiterschaft auf politischem Gebiete wirksam vertreten. Deshalb sollten alle Gewerkschaftsmitglieder in richtiger Erkenntnis ihrer Lage sich eingliedern in den sozialdemokratischen Verein. Hiernach hinzuwirken sollte sich jeder Genosse gerade jetzt angesichts des wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses der Unternehmer zur Ehrenpflicht machen!

Der Umstand, daß von den Gewerkschaftsmitgliedern nur etwa ein Fünftel auch politisch organisiert sind, widerlegt klar und deutlich die Behauptung unserer Gegner, die Streiks und Lohnbewegungen würden von der Sozialdemokratie angezettelt. Angesichts dieses Prozentsatzes können fernerhin nur noch blöde Menschen eine solche Behauptung aufstellen. Mit derselben Klarheit aber ist auch ferner durch dieses prozentuale Verhältnis bewiesen worden, daß nur noch jeder objektiven Meinung bare Leute von „sozialdemokratischen Gewerkschaften" reden können.

Wir lassen nun nachstehend eine genaue Aufstellung des Verhältnisses zwischen gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern in den einzelnen Gewerkschaften folgen und bemerken, daß als Grundlage für die Stärke der einzelnen Gewerkschaften die am Schlusse des vierten Quartals 1903 vorhandenen Mitglieder genommen worden ist:

Beruf	Es waren organisiert: gewerkschaftl.	politisch		
Bäcker	102	19	18,6	Proz.
Barbiere	15	3	20,0	„
Bauarbeiter	527	108	20,3	„
Bildhauer	15	6	40,0	„
Böttcher	43	7	16,3	„
Brauer	134	21	15,7	„
Buchbinder	18	3	16,6	„
Buchdrucker	142	29	20,4	„
Dachdecker	30	4	10,3	„
Fabrikarbeiter	988	135	13,5	„
Hafenarbeiter, zentr.	647	71	11,0	„
lokal	300	39	13,0	„
Handelshilfsarbeiter	130	9	7,0	„
Holzarbeiter	563	158	27,8	„
Lithographen	52	5	9,6	„
Maler	102	16	15,7	„
Maschinisten u. Heizer	30	9	30,0	„
Maurer	555	273	49,0	„
Metallarbeiter	959	162	16,8	„
Müller	65	11	17,0	„
Musiker	18	4	22,2	„
Schiffszimmerer	20	4	20,0	„
Schlachter	96	3	3,1	„
Schmiede	180	39	21,6	„
Schneider	170	42	24,7	„
Schuhmacher	67	9	13,0	„
Seeleute	119	3	2,5	„
Steinarbeiter	11	5	45,4	„
Steinsetzer	53	6	11,3	„
Stuckateure	10	3	30,0	„
Tabakarbeiter	98	30	30,6	„
Tapezierer	45	10	22,2	„
Töpfer	49	17	34,7	„
Werftarbeiter	179	22	12,3	„
Zimmerer, zentral	305	106	34,7	„
lokal	?	1	?	„
Textilarbeiterverb.		1	von diesen Gewerkschaften bestehen in Lübeck keine Zahlstellen	
Gastwirtsgehilfen		1		
Handlungsgehilfen		2		
Vereinigung der Hebammen		1		

Von den weiblichen Mitgliedern gehören an:
dem Fabrikarb.-Verb. 3
Hafenarb.-Verb. 1

Wir können dem Sozialdemokratischen Verein nur Dank wissen, daß er einmal durch Aufnahme dieser Statistik Klarheit geschaffen hat über das tatsächliche Verhältnis zwischen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern. Mag auch mancher von uns von diesem oder jenem Prozentsatze enttäuscht sein, so darf uns das doch nicht abhalten, nun mit allen Mitteln auf eine Bessergestaltung dieses Verhältnisses hinzuarbeiten. Gleichzeitig bietet sich dabei den Genossen willkommene Gelegenheit, auch auf eine weitere Verbreitung des „Lübecker Volksbote" in den Kreisen der Arbeiterschaft hinzuwirken. — So wollen wir denn keine Mühe scheuen, um das Samenkorn des Sozialismus in den Kreisen der der politischen Organisation noch fernstehenden Arbeiterschaft — auch der Frauen — auszustreuen, respektive, wo es bereits gepflanzt ist, sein Wachstum zu fördern. Der Erfolg wird, dessen sind wir sicher, dann auch nicht ausbleiben. Deshalb auf, Genossen, zur eifrigen Werbearbeit für die Ideen der Sozialdemokratie!

Denn lopt man to! Das Amtsblatt schließt einen Artikel über die „Disziplinlosigkeit" und „Meuterei" in der sozialdemokratischen Partei mit der Mahnung, sich dadurch nicht in ein falsches Sicherheitsgefühl einlullen zu lassen, sondern nunmehr angesichts der „Fugen und Risse, die sich in dem feindlichen Mauer- und Schanzwerke zeigen", mit vereinten Kräften und verdoppelter Anstrengung Sturm zu laufen. — Hoffentlich geht ihnen bei diesem „Sturmlauf" nicht die „Puste" aus.

In Hamburg haben die Kohlenimporteure ihre Arbeiter ausgesperrt. Sie versuchen jetzt, Arbeitswillige heranzuziehen. Deshalb ist Zuzug von Hafenarbeitern nach Hamburg dringend fernzuhalten.

Bürgermeister Dr. Klug begeht heute sein 25jähriges Senatoren-Jubiläum. Amtsblatt und „General-Anzeiger" ergehen sich natürlich bei dieser Gelegenheit in byzantinischen Ueberhebungen und loben den „weiten sicheren Blick" des Jubilars. Die Arbeiterschaft Lübecks hat diesen „weiten sicheren Blick" im Frühjahr 1902 anläßlich der enormen Arbeitslosigkeit kennen gelernt. Damals erklärte bekanntlich der Jubilar: „Ein besonderer Notstand besteht nicht", trotzdem nachgewiesenermaßen mindestens 1500 Arbeitshände zum unfreiwilligen Feiern gezwungen waren.

Aus dem Gerichtssaal. Unverbesserlich ist das Dienstmädchen R. gen. Sch., die trotz mehrerer Vorstrafen wegen Gottesgeldschwindels gestern bereits wegen desselben Delikts vor der Strafkammer stand. Am 3. Januar d. J. aus dem Gefängnis entlassen, vermietete sie sich am 7. Januar bei einer Frau M. und nahm das Gottesgeld mit 3 Mk. in Empfang, um nach Hamburg dampfen zu können. Sie wurde jedoch gefaßt und gestern unter nochmaliger Annahme mildernder Umstände zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Weil er die Geschäftsbücher nicht ordnungsmäßig geführt hatte, wurde sodann der frühere Besitzer des Zentralhotel K. zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Sache kam dadurch ans Licht, daß K. Konkurs anzumelden gezwungen war.

Ein Feuer äscherte heute morgen gegen 10 Uhr den in der Carlstraße befindlichen Schuppen des Bauunternehmers Freitag ein. Nach einviertelstündiger Tätigkeit der Feuerwehr konnte letztere wieder abrücken.

Güterrechtsregister. Am 8. Juni 1904 ist eingetragen, daß die Eheleute Korbmacher J. H. W. Oldenburg und A. A. F. Oldenburg geb. Krull in Lübeck durch Vertrag vom 1. Juni 1904 Gütertrennung vereinbart haben.

Zum Unterlotsen ist seitens des Senats zum 1. Juli 1904 der frühere Steuermann W. H. H. Westphal ernannt.

Auf der Koch'schen Schiffswerft in Lübeck sind aus Anlaß des Nietenstreiks sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden. Zuzug von Werftarbeitern ist streng fernzuhalten!

pb. **Eigentumsvergehen.** Ein hiesiger Bäckergeselle brachte zur Anzeige, daß ihm gestern Abend seine silberne Taschenuhr gestohlen worden sei. — Festgenommen wurde eine hiesige Arbeiterin, die sich des Diebstahls von Geld zum Nachteile eines Matrosen und der Hehlerei schuldig gemacht hatte. — Weiter wurde eine hiesige, mehrfach vorbestrafte Arbeiterin wegen Betruges und Urkundenfälschung ermittelt und festgenommen. Diese hatte sich unter falschen Angaben und falschem Namen Unterstützungen in Höhe von 16,50 Mk. aus der Kasse der St. Lorenz-Kirchengemeinde erschwindelt.

pb. **Gardinenbrand.** Gestern Vormittag gegen 10 Uhr entstand in dem Hause Hüxstraße 50 ein kleiner Gardinenbrand, welcher von der alarmierten Feuerwehr schnell gelöscht wurde. In dem betreffenden Zimmer sollen Kinder mit Streichhölzern gespielt haben und dürfte die Entstehung des Feuers darauf zurück zu führen sein.

Achtung, Dachdecker! Ueber die Werkstellen Cavier, Hundestraße, und Greßmann, Gr. Bauhof, ist, wegen Nichtanerkennung des Lohntarifs, die Sperre verhängt worden.

Nusse. Von einem traurigen Geschick ist die Familie des Anbauers Timmermann hierselbst heimgesucht worden. Am Sonntag vor Pfingsten äscherte ein Blitzstrahl T.'s Gewese vollständig ein. Als T. nun am verflossenen Sonnabend auf der Brandstätte mit Hülfe seines Pferdes aufräumen wollte, schlug das Tier plötzlich aus und traf T. unglücklicherweise dermaßen vor den Leib, daß derselbe am folgenden Tage infolge der schweren inneren Verletzungen verstarb. 14 Kinder, von denen 7 der Schule entwachsen sind, betrauern den Tod ihres Vaters und stehen jetzt ohne Eltern in der Welt.

Eutin. Vom Kinderschutzgesetz. Die Regierung erläßt folgende amtliche Bekanntmachung: Nach § 10 des Gesetzes vom 30. März 1903, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben (in Kraft getreten am 1. Januar 1904) haben Arbeitgeber, die gemäß den Bestimmungen des Gesetzes fremde Kinder in ihren gewerblichen Betrieben beschäftigen wollen, vor dem Beginne der Beschäftigung der Ortspolizeibehörde eine schriftliche Anzeige zu erstatten. Ortspolizeibehörde für die Stadt Eutin ist der Stadtmagistrat, im übrigen die Regierung. In der Anzeige sind die Betriebsstätte des Arbeitgebers sowie die Art des Betriebes anzugeben. Eine Anzeige ist nicht erforderlich, wenn es sich um eine bloß gelegentliche Beschäftigung mit einzelnen Dienstleistungen handelt. Die Anzeige muß ausdrücklich erstattet werden; es genügt also nicht der Antrag auf Ausstellung einer Arbeitskarte für ein Kind, auch wenn dieser von dem künftigen Arbeitgeber selbst gestellt wird. Die durch § 10 vorgeschriebene Anzeige ist bisher bei der Regierung nur in einzelnen Fällen erstattet worden. Die Arbeitgeber, die fremde Kinder in ihren Betrieben beschäftigen, werden aufgefordert, die versäumte Anzeige sofort, spätestens aber bis zum 20. d. Mts. nachzuholen, widrigenfalls sie die Einleitung eines Strafverfahrens zu gewärtigen haben.

Schwarzenbek. Wiederum eine „staatsrettenische" Tat vollbracht hat der Amtsvorsteher Schefe von hier. Am Sonntag sollte im Lokale des Herrn Witt eine öffentliche Fabrikarbeiterversammlung stattfinden. Dieselbe wurde jedoch verboten, da nach der „Begründung" des Amtsvorstehers „das Lokal denjenigen Anforderungen nicht entspricht, welche an dasselbe für diesen Fall gestellt werden müssen". Wie der Einberufer, Genosse Stille-Bergedorf, später erfuhr, stützt sich der Amtsvorsteher darauf, daß das Lokal zu klein und nicht genügend Sitzplätze vorhanden seien. Um nun trotzdem die Abhaltung einer Versammlung zu ermöglichen, meldete der Einberufer eine Mitgliederversammlung für die hier und in der Umgegend wohnenden Einzelmitglieder des Fabrikarbeiterverbandes an. Aber auch diese wurde verboten, da angeblich dem Amtsvorsteher von dem Bestehen eines solchen Vereins nichts bekannt ist. Der Einberufer wurde hiervon telegraphisch in Kenntnis gesetzt. Aber die Leiter der Bergedorfer Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes traten trotzdem ihre Reise nach Schwarzenbek an. Was ihnen vielleicht durch Abhaltung einer Versammlung nicht gelungen wäre, erreichten sie dann durch zwanglose Unterhaltung mit den zahlreich im Lokale anwesenden Arbeitern, von denen sich eine ganze Anzahl in den Verband aufnehmen ließ. Gegen die Versammlungsverbote wird übrigens Beschwerde erhoben werden.

Mölln. Die hiesigen Tischlergesellen sind in eine Lohnbewegung eingetreten und hatten am Sonntag nachmittag im Beisein zweier Meister folgende Forderungen gestellt: 1) Die Arbeitszeit beträgt bis zum 1. August d. J. 10½ Stunden, ab 1. August 10 Stunden täglich. 2) Den Gesellen wird sofort eine Zulage von 1 Mk. pro Woche gewährt. 3) Der diesbezügliche definitive Bescheid wird den Gesellen am Dienstag, 7. d. M. morgens, gegeben. Dies hatten die beiden Meister unter der Bedingung unterschrieben, daß sämtliche Meister mit diesem Entwurf einverstanden sein müßten. Nun haben aber die Meister sich nicht mit demselben einverstanden erklärt, sondern änderten den Entwurf wie folgt: 1) Die Arbeitszeit beträgt 10½ Stunden, beginnend am 1. April 1905. 2) Eine Lohnzulage wird nach Leistung gewährt. 3) Dieser Beschluß wird am 7. Juni 1904 in jeder Werkstatt ausgegeben. Da nun die Gesellen diese Vorschläge nicht angenommen, so sind sie entlassen worden. Es sind 11 ledige Gesellen, die sämtlich unsere Stadt verlassen haben. Die Meister sind folgende: Johs. Pagels, J. Redöhl, C. Dunkel, F. Willms, Fr. Freese, A. Preiß, J. Plath, C. Brandt. Zuzug von Tischlern ist fernzuhalten.

Schönberg. Ein größerer Waldbrand fand in den Sülsdorfer Tannen statt. Abgebrannt sind zirka 100 Quadrat-Ruten. Zwei Knechte aus Sülsdorf, die verdächtig sind, das Feuer verursacht zu haben, wurden verhaftet.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Sperre über die Dachdecker-Werkstatt von Schulz und Sohn in Hamburg ist aufgehoben und die Sache als geregelt zu betrachten. — Die Lohnbewegung der Maurer und Zimmerer in Preetz ist beendet. Die Unternehmer haben sich bereit erklärt, den Stundenlohn um 2 Pf. zu erhöhen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit konnte noch nicht erzielt werden. Betreffs der außergewöhnlichen Arbeiten ist gleichfalls eine Verbesserung eingetreten. Der neue Lohntarif, mit einem Stundenlohn von 47 Pf., tritt mit dem 6. Juni in Kraft und hat eine Giltigkeitsdauer bis zum 15. März 1906.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Hamburg wurden zwei Falschmünzer verhaftet, die in verschiedenen Städten, u. a. auch in Lübeck, falsches Geld abgesetzt haben. — Ein Hauswirt in Hamburg hat seinen Mietern folgendes Schriftstück zugehen lassen: „Hierdurch kündige ich Sie zum 1. Oktober, da Ihre Jungens Unfug in meinem Grundstück treiben. Andernfalls müssen Sie mir resp. dem Vize schriftlich gestatten, im Betretungsfalle die Jungens direkt mit Schlägen zu bestrafen." Der Hauswirt, der sich so gern das Züchtigungsrecht über die Kinder seiner Mieter anmaßen möchte, ist der Buchhändler Campe. Das fehlte gerade noch! — Infolge der Verhaftung des Handlungskommis Rundstein in Altona, der das Opfer von Wettbureaus geworden ist, beschlagnahmte die Kriminalpolizei in den Hamburger und Altonaer Wettbureaus von Zechlinski, Steger und Jaenecke sämtliche Geschäftsbücher.

In Eidelstedt i. H. gerieten zwei Kinder unseres Genossen Niemann in einen Teich und ertranken. — Wegen öffentlicher Beleidigung der Stadtverordneten von Schleswig war am 7. Dezember v. Js. von dem Landgerichte Flensburg der Regierungssekretär a. D. und Stadtverordnete Hamfeldt in Schleswig zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt worden. Er hat die Tat begangen durch eine Rede in der Stadtverordnetensitzung. Seine Revision wurde vom Reichsgerichte verworfen. — Ein schwerer Automobil-Unfall hat sich unweit Boizenburg zugetragen; sowohl der Chauffeur als auch der Besitzer des Automobils wurden schwer verletzt. Der Besitzer hatte beide Beine gebrochen, jedoch sind seine Verletzungen nicht lebensgefährlicher Natur. Der Chauffeur ist leichter verletzt. — Auf der Strecke Klues—Striemerberg warf sich nach einer Güstrower Meldung die 22jährige, nicht ganz normale Tochter des Bahnwärters S. Sonnabend vor den Zug und wurde zermalmt.

Hamburg. Zum Brauerstreik. Die Hauptpunkte des Schiedsspruches des Einigungsamtes sind folgende: 1. Wiedereinstellung der Streikenden je nach Bedarf und Eintragung in die Listen des Nachweises der Brauereien. Maßregelungen finden nicht statt. 2. Errichtung eines Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage nach Muster des Berliner Brauereiarbeitsnachweises. 3. Der von den Brauereien zugestandene Lohntarif mit einigen weiteren vom Einigungsamt zuerkannten Verbesserungen behält seine Gültigkeit. 4. Der Vertrag läuft bis 1. Januar 1907. 5. Der Boykott ist sofort aufzuheben. Zu dem Schiedsspruch müssen beide Parteien innerhalb 8 Tagen Stellung genommen haben und ihren Beschluß dem Einigungsamt mitteilen. Die Verhandlungskommission der Brauereien hat beschlossen, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen; die Arbeiter werden heute Nachmittag zu diesem Schiedsspruch Stellung nehmen. — Zur Aussperrung der Kohlen-Akkord-Schauerleute. Es ist den Importeuren gelungen, wiederum einige Leute von auswärts nach hier zu bekommen, die an das „Hotelschiff" gebracht wurden. Aber auch den Ausgesperrten gelang es, mehrere der neuen Arbeiter den Importeuren wieder abzulotsen. Letztere versuchen nunmehr, den Arbeitern, die fort wollen, ihre Papiere vorzuenthalten. Dieses Verfahren kennzeichnet so recht die auf ihren Geldsack pochenden Kohlenjunker. — Zu dem fürchterlichen Familiendrama Busecke, der sich bekanntlich vor seiner Verhaftung wegen Verdachts der Falschmünzerei selbst das Leben nahm und dadurch die Ursache zur Vergiftung der ganzen aus vier Köpfen bestehenden Familie gab, wird folgendes gemeldet: Gestern wurde der wegen Verdachts der Falschmünzerei inhaftierte Ungar Robert Paradies, auf dessen Anschuldigung hin Busecke in Haft genommen werden sollte, vor den Untersuchungsrichter geführt, um einem Verhör unterzogen zu werden. Hierbei wurde ihm unter Vorlegung von Zeitungsausschnitten die Familientragödie mitgeteilt. Diese Mitteilung übte eine ganz unerwartete Wirkung aus: zunächst war Paradies ganz starr, dann brach er in ein konvulsivisches Zucken aus und ließ sich auf einen Stuhl fallen. Er schluchzte heftig und gab die Erklärung ab, daß Busecke völlig unschuldig sei; er habe B. nur belastet, um sich zu entlasten, und fügte hinzu, daß er angesichts dieser entsetzlichen Sache die volle Wahrheit sagen wolle. Nunmehr soll Paradies ein offenes Geständnis abgelegt haben. Auf wiederholtes Vorhalten behauptete P., die reine Wahrheit gesagt zu haben. Sollten diese Angaben zutreffend sein, dann ist die aus fünf Personen bestehende Familie Busecke einem verhängnisvollen Irrtum der Staatsanwaltschaft zum Opfer gefallen. Busecke soll sich tadellosen Rufes erfreuen, doch soll er äußerst vervös gewesen sein, was, wenn er an dem Verbrechen unbeteiligt gewesen sein sollte, seine Tat verständlich erscheinen lassen würde.

Schwerin. Als sozialdemokratischer Kandidat für die sicher in Aussicht stehende Reichstagswahl im 2. mecklenburgischen Wahlkreis (Schwerin-Wismar) ist der Zigarrenfabrikant Genosse Otto Antrick-Berlin aufgestellt worden. Antrick hat bekanntlich den Wahlkreis Frankfurt a. O.-Kottbus während der vorigen Legislaturperiode im Reichstag vertreten und besonders im Kampfe wider die parlamentarischen Brotwucherer kräftig und geschickt seinen Mann gestanden.

Güstrow. Das Schwurgericht verurteilte den Büdnersohn Freitag aus Boltenhagen wegen Sittenverbrechen zusätzlich einer früheren Strafe zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust.

Letz… Nachrichten.

Braunschweig. Der Hund im Dienste der Polizei. In der Nacht zum Mittwoch wurde auf dem Gute Hagenhof bei Königslutter der Fuhrknecht Duwe unter dem Verdacht verhaftet, die elfjährige Tochter der Arbeiterwittwe Bebenroth ermordet zu haben. Die Ermittelung des Mörders ist mit Hilfe eines Polizeihundes erfolgt. Der Hund wurde zunächst in den Raum geführt, in welchem die Bluttat verübt wurde. Dann brachte man ihn zu dem versammelten Gutspersonal. Das Tier stürzte sich sofort auf den Knecht Duwe und biß sich in seiner Kleidung fest. Um noch eine Probe zu machen, mußte Duwe sich umziehen, aber auch diesmal fand der Hund ihn heraus. Duwe leugnete anfangs die Tat; Mittwoch vormittag aber hat er sie eingestanden.

Essen (Ruhr). Risiko der Arbeit. Auf der Eisenhütte „Oberhausen" wurden zwei Arbeiter von Schlackenmassen begraben; beide sind tot.

Landau. Den eigenen Bruder erschossen. In der Meinung, einen Rehbock zu treffen, erschoß ein Sohn des Bürgermeisters in Gleisweiler auf Anstand seinen Bruder.

Paris. Eine große Katastrophe wurde einer Meldung aus Le Mans zufolge durch einen wolkenbruchartigen Regen, der bei einem Gewitter niederging, dort herbeigeführt. Infolge der kolossalen Wassermassen schwoll der Fluß Dives an, trat über seine Ufer und das Hochwasser brachte in der Gemeinde Mamers mehrere Häuser zum Einsturz. Ueber zwanzig Menschen fanden dabei ihren Tod. Ferner explodierte ein Gasometer. Es ist noch unbekannt, ob Menschen bei dieser Explosion umgekommen sind.

Oviedo. Eine Explosion schlagender Wetter fand in einer hiesigen Kohlengrube statt. Bis Mittwochmittag waren 25 Tote und zahlreiche Verwundete geborgen. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Tunis. Schiffsunglück. Der chinesische Dampfer „Kopinski" stieß in der Nähe von Torelli auf einen Felsen und sank. Von den 28 Mann der Besatzung sind 14 ertrunken.

Im Verlage des Vorwärts erscheinen unter dem zusammenfassenden Titel **Kulturbilder** wichtige Abschnitte aus der Kulturgeschichte, die allgemeinverständlich dargestellt und reich illustriert werden. Das Unternehmen beginnt mit der Darstellung der **Religionskämpfe** des 16. und 17. Jahrh. unter dem Titel:

Wider die Pfaffenherrschaft

Von **Emil Rosenow**

Vom Standpunkte des historischen Materialismus entwirft der Verfasser das Kulturbild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft. Der Leser sieht, wie inmitten der zusammenbrechenden römischen Gesellschaft die **urchristlich-kommunistischen Agitationen** beginnen, welche die herrschende Klasse Roms vergeblich niederzukämpfen sucht; wie sich aus dem urchristlichen Kommunismus **die Kirchenherrschaft** entwickelt, wie sie ihren Siegeszug durch die Länder hält. Er zeigt, wie **das Papsttum** entsteht und den Gipfel seiner Macht erklimmt; wie die Kirche das politische und ökonomische Leben beherrscht, bis, beim Ausgange des Mittelalters, die aufkommende **kapitalistische Wirtschaftsweise** der Pfaffenherrschaft den Boden entreißt und in Blut und Kriegsgetümmel ihren Zusammenbruch herbeiführt.

Das **Papsttum, die Klösterei** und **Möncherei,** die politisch-ökonomische Tätigkeit des mittelalterlichen Klerus; die große Ausbeutung der Volksmassen durch Zehnten, Fronden, Ablaß usw., die blutige und grausame Bekämpfung jeglicher Opposition **(Ketzerverfolgungen),** die finstere Zeit der **Hexenprozesse,** die grausame Niederschlagung des Volkes **(Bauernkriege, Wiedertäuferverfolgungen)** und schließlich das furchtbare Elend des **30 jähr. Krieges** . . . das alles zieht der Leser in packender Darstellung an seinem geistigen Auge vorüberziehen.

In die Zeit, deren Schilderung der erste Band unseres Werkes dient, fällt auch die Wiedergeburt der antiken Kunst; in ihr entstanden die unerreichten Werke eines Cranach, Dürer und Holbein. Aus diesen Quellen sind unsere Illustrationen geschöpft. **Der erste Band wird gegen 400 Bilder, darunter Abbildungen der größten Meisterwerke jener Zeiten und Völker bringen,** die, wie wir erwarten, den Beifall der gesamten Arbeiterwelt finden werden.

Der erste Band wird in 50 Lieferungen à 20 Pfennig erscheinen.

Jeder Band ist für sich abgeschlossen, so daß das Abonnement auf den **einen** Band **nicht** den Bezug der weiteren Bände notwendig macht.

Wöchentlich erscheint ein Heft.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50,** sowie deren Kolporteure und Austräger.

Mehrere Wohnungen zu vermiet.
Segebergstraße 9. I.

Mutter Wendel zu ihrem 55. Wiegenfest ein donnerndes Hoch.

Ein freundlich möbliert. Zimmer
zu vermieten Schönböckenerstraße 3, II.

Ein freundliches leeres Zimmer
zu vermieten Glandorpstraße 15, II

Ein freundliches Logis
für 2 junge Leute [illegible] 29.

Möbliertes Zimmer zu vermieten
[illegible] 32, I.

Eine freundliche Stube
für einzelne Person zu vermieten. Näheres Fleischhauerstraße 102.

Gesucht zu sofort oder 15. Juni
ein junges Mädchen.
Moislinger Baum, Lübeck.

Gebrauchtes Bettzeug zu kfn. ges.
Off. u. A 12 an die Exped. d. Bl.

Fortzugshalber sind zwei sehr gute Betten, 1- und 2-schläfig, billig zu verkaufen
[illegible] 35

Gute Magnum bonum-Kartoffeln
zu verkaufen [illegible] 22a.

2 blaue [illegible] zu verkaufen
[illegible] 27a

1 vierrädiger unbrch. Ziehwagen
zu verkaufen [illegible] 6h.

Eiserne Bettstelle mit Sprungfedern und Matratze, noch neu, billig zu verkaufen [illegible] 12c.

Der Zukunftsstaat der Junker

Mantenffeleien gegen die Sozialdemokratie im Preußischen Herrenhaus am 11. und 13. Mai 1904.

Mit Einleitung und Anmerkungen von **Kurt Eisner.**

So betitelt sich das 2. Heft der Sozialdemokratischen Agitations-Bibliothek und ist zum Preise von **20 Pfg.** zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
und deren Kolporteure

Kaufte eine große Partie **Tilsiter Käse**
schnittig und pikant, **Pfd. 30 Pf.,** in Broden von 8 Pfd. **Pfd. 27 Pf.** Ferner:
eine Partie Vollfetten
alt und pikant, sonst 80 Pf., **jetzt 55 Pf.**
Joh. Nagel,
Engelsgrube 51.

Wiederverkäufer! Gute Bezugsquelle bester Sorten **Salzheringe, ff. Anchovis,** haltbarer **Salzgurken,** vieler Sorten **Käse,** feinster **Fruchtsäfte** sowie des **überall beliebten** nach alter bewährter **Bunge'scher** Methode hergestellten **Essigs und Essigsprits** für die Firma **H. L. Wiegels**
vorm. **J. C. Bunge,** Essigfabrik gegr. 1825.

Reines Schweineschmalz
Pfd. **44—50** Pfg. empfiehlt
Ludw. Hartwig
Obertrave 8. Filiale Untertrave 69.

Magnum bonum-Eßkartoffeln
zu verkaufen [illegible] 3, I.

Junge Frau sucht Beschäftigung
für den ganzen Tag
Off. u. **L E** an die Exped d. Bl.

Frische Eier
11 Stück **60 Pfg.** empfiehlt
J. Böttcher, Friedenst. 66.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10.
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen . .	**1,80—6,45**
Maurerhosen . .	**2,60—6,75**
Schlosserhosen .	**1,88—5,25**
Ueberziehhosen .	**0,88—2,35**
Zwirn-Hosen . .	**1,38—3,25**

leinene Jacken, schräge und gerade, **1,23**
Kutten, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

Kein Hammelfleisch.
Jung. fett. Ziegenfleisch Pfd. 30 Pf.
Markthalle Stand 35.

Achtung!
Arbeitergesangvereine!
Versammlung der Sänger
am Freitag den 10. Juni dss.
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.
Erscheinen ist dringend notwendig.
Die Obmänner.

Achtung!
Lastadienarbeiter!
Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 10. Juni dss.
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Unser Sommervergnügen und Festkomiteewahl.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 134. Freitag, den 10 Juni 1904. 11 Jahrgang

Generalversammlung des deutschen Vereins für Volkshygiene.

Im Festsaale des Palmengartens in Frankfurt a. M. fand dieser Tage unter sehr zahlreicher Beteiligung die Generalversammlung des deutschen Vereins für Volkshygiene unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrats Professor Rubner-Berlin statt. An erster Stelle sprach Professor Neisser-Frankfurt a. M. über „Erziehung zu hygienischem Denken". Er verlangte, daß man in erster Linie die geistige Führung des Volkes für den Wert und Bedeutung der Hygiene interessiere und ihnen klar mache, daß von ihrem größeren oder geringeren Verständnis die Ausdehnung hygienischer Bestrebungen auf die breite Masse des Volkes abhänge. Somit müsse es sich der Verein zur Aufgabe machen, alle städtischen und staatlichen Verwaltungsbeamten, vor allem auch die Lehrerschaft, dann die Heizungs- und Lüftungstechniker und nicht zum wenigsten die Presse für die Volkshygiene zu gewinnen zu suchen.

An zweiter Stelle sprach Schuldirektor Dr. Beyer-Leipzig über das Wandern als Mittel der Jugendbildung. Der Redner forderte, daß der Verein dem Wandern wieder mehr das Wort rede, sei es als einzelne Wanderung oder wandernd in großen Gesellschaften. Auch hier habe die Schule eine große und dankenswerte Aufgabe zu erfüllen, indem sie schon von früh auf durch gemeinsame Schulwanderungen, durch Belehrung der Kinder über die hygienische Bedeutung des Wanderns usw. den Wandertrieb hege und pflege. Direktor Walter-Frankfurt a. M. erblickte in der Verbilligung der Fahrpreise ein wichtiges Mittel zur Förderung des Wanderns. Die Aerzte unter den Rednern betonten vor allem die Wichtigkeit des Wanderns für Lungen- und Herzleidende.

Ueber Volksgesundheit und Ferien für jeden Beruf verbreitete sich Dr. Fromm-Frankfurt a. M. Der Redner forderte insbesondere für die kaufmännischen Angestellten eine gewisse Erholungszeit und verlangte namentlich von den größeren Geschäften, daß sie ihren Angestellten einen Sommerurlaub gewähren. Auch den Angestellten im kleinen Gewerbe und den Heimarbeitern müsse soviel wie möglich Gelegenheit zum Ausspannen auf eine bestimmte Zeit gegeben werden. Das liege im beiderseitigen Interesse, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Redner stellte schließlich folgende Leitsätze auf: „1. Zur Erhaltung der Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit ist ein jährlicher Erholungsurlaub für einen jeden geistig oder körperlich arbeitenden notwendig. 2. Gehalts- und Lohnbezüge müssen im Interesse der Erholungsmöglichkeit während des Urlaubs fortbestehen. 3. Der deutsche Verein für Volkshygiene sollte Vermittelungsstellen schaffen, um gute und billige Erholungsstätten nachweisen zu können."

In der Debatte gingen die Ansichten über diese Forderungen sehr auseinander. Präsident Dr. Bödicker-Berlin bezweifelte, ob der Verein sich ohne weiteres für die unbedingte Notwendigkeit eines alljährlichen Erholungs-Urlaubs aussprechen sollte, da in einer ganzen Anzahl von Berufen die Angestellten selbst niemals mit einer Forderung auf Gewährung eines Urlaubs hervorgetreten seien, da sie diesen nicht für nötig hielten. Ebensowenig lasse sich die Forderung auf Weiterzahlung des Gehalts generalisieren, da hierdurch namentlich die kleineren Betriebe empfindlich geschädigt werden würden, wie denn auch in diesen sich die Urlaubsgewährung kaum durchführen lassen würde. Frau Fürth-Frankfurt a. M. sprach sich ebenfalls gegen die Anschauung aus, daß für alle Berufe ein Erholungsurlaub nötig sei, indem sie betonte, daß dann schließlich auch manche Unternehmer, speziell die Hausfrauen, einen Erholungsurlaub nötig hätten, ohne daß ihnen dieser in anbetracht ihrer beschränkten Mittel möglich sei. Die Versammlung sah unter diesen Umständen von einer Schlußfassung über die Thesen ab.

An letzter Stelle verbreitete sich Professor Ostertag-Berlin über die Versorgung der Städte mit einwandfreier Säuglingsmilch. Der Redner stellte folgende Forderungen auf: „Die Milch muß von gesunden, mit erlaubten Futtermitteln ernährten und reinlich gehaltenen Tieren stammen; sie muß sauber gewonnen, nach dem Melken sofort geseiht und in reinen Gefäßen kühl aufbewahrt werden; sie darf keinerlei Erscheinungen einer Zersetzung zeigen. Zur Versorgung der Städte mit einwandfreier Säuglingsmilch ist die polizeiliche Regelung des Verkehrs mit Säuglingsmilch anzustreben. Gewinnung und Inverkehrsgabe der Milch sollte überwacht werden." Wie der Referent dazu mitteilte hat sich der deutsche Milchwirtschaftliche Verein diesen Forderungen durchaus angeschlossen und auch die Polizei-Direktionen der größeren Städte gehen mehr und mehr dazu über, in ihren Bezirken die Ueberwachung des Milchverkehrs nach diesen Grundsätzen durchzuführen. Geheimer Medizinalrat Dr. Henk-Dresden wandte sich vor allem gegen den Stallschmutz, der durch ein unsauberes Stallwesen bedingt sei. Verschiedene Untersuchungen haben bewiesen, daß dieser Schmutz zum Teil in unglaublichen Mengen in die gelieferte Milch übergegangen ist, sogar in der sogenannten Säuglingsmilch zu finden war. Auch Dr. Sonnenberger-Worms betonte die Gefährlichkeit des Stallschmutzes. Hierauf wurden die Thesen des Referenten einstimmig angenommen. Die nächste General Versammlung des Vereins wird in Stettin stattfinden.

Saarabien vor Gericht.

Montag bekundete der Bergmann Engel, daß er in seiner Eigenschaft als Sicherheitsmann feststellte, daß in den staatlichen Gruben vielfach die Vorsichtsmaßregeln außer acht gelassen wurden, und daß er s. Z. eine dahingehende Bemerkung in ein Fahrbuch eintrug. Einige Tage später wurde er zur Inspektion geladen, wo man ihm Vorhaltungen machte und sagte, einen Menschen, der Vorschläge mache und Kritik übe, könne man nicht brauchen. Weiter sei ihm nicht gestattet worden, einen Unfall, bei dem zwei Arbeiter tödlich verunglückten, in das Meldebuch einzutragen. Als er in einer Versammlung über den Unfall Bericht erstatten wollte, wurde ihm dies bei Androhung der Entlassung verboten, ja es wurde ihm nicht einmal gestattet, der Versammlung von dem Verbot Kenntnis zu geben. Das Halten der „Bergarbeiterzeitung" sei ebenfalls mit Entlassung bedroht worden. Geheimrat Hilger bemerkte hierzu: Die Sicherheitsmänner hätten nur Beobachtungen einzutragen; da Engel den Beobachtungen auch Verbesserungsvorschläge hinzugefügt habe, sei ihm Vorhalt gemacht worden. Die Versammlung wäre unnötig gewesen.

Bergmann Heinz aus Dudweiler bekundete: Er habe verschiedene Strecken in schlechtem Zustande gefunden, Stempel seien geknickt gewesen usw. Als er die Eintragung in das Fahrbuch machen wollte, gab er der Ansicht Ausdruck, daß die ungenügenden Löhne die Ursache seien, daß die Arbeiter kein Gewicht auf Instandhaltung der Baue legen könnten. Darauf wurde ihm die Eintragung verweigert und er mußte in das Fahrbuch schreiben: Alles in Ordnung gefunden.

Geheimrat Hilger kann nur erwidern, daß er die Eintragung für unzulässig gehalten habe.

In der Nachmittagssitzung wurden die wirtschaftlichen Verhältnisse der „Königlichen" Bergarbeiter erörtert. Diese Verhältnisse sind allerdings nichts weniger als königlich. Geheimrat Hilger, der inzwischen auf Antrag des Verteidigers vereidigt worden war, tat sehr erstaunt, daß ein verheirateter Arbeiter überhaupt nur das Verlangen stellen könne, jeden Tag Fleisch essen zu wollen. Hilger behauptete, daß in seinem Bezirk die Bergarbeiterfamilien durchschnittlich $3^1/_2$ Wohnräume zur Verfügung hätten. Der Zeuge Pfarrer Porten stellte jedoch fest, daß allein in Dudweiler 300 Kellerwohnungen mit nur je 2 Räumen vorhanden seien, die lediglich von Bergarbeitern bewohnt würden, wobei 6, 10, 11 und mehr Personen auf eine Wohnung kämen. Das Haushaltungsbudget der Bergarbeiter ist nach den Angaben desselben Zeugen so knapp, daß eine siebenköpfige Familie ohne Fleisch, Bier und Medikamente in Anrechnung zu bringen, ein Defizit von 106 Mk. jährlich hat und haben muß. Einer der Bergleute bekundete, daß er 27 Jahre lang keine Butter zum Brot gebraucht habe, um herumkommen zu können. Dabei behaupteten aber die als Zeugen vernommenen Bürgermeister, Knappschaftsärzte und Ortsvorsteher, daß die Löhne und die Lebensverhältnisse derartig seien, daß die Bergleute bei Sparsamkeit zu Eigentum kommen könnten. Diese Art von Sparsamkeit muß wohl erst in einem besonderen Kursus bei einem Hungerkünstler erlernt werden!

Der Vorsitzende rechnet damit, daß Mittwoch der Schluß der Beweisaufnahme erfolgt. Am Donnerstag soll eine Pause eintreten. Am Freitag finden die Plaidoyers statt und am Sonnabend dürfte das Urteil verkündigt werden.

Soziales und Gewerkliches.

Streiks und Lohnbewegungen. Ein Streik der Frauen, die auf der Maaßschen Ziegelei bei Ketzin beschäftigt sind, war kürzlich ausgebrochen. Der Ausstand ist dadurch beigelegt, daß der Besitzer davon absehen will, von den Frauen die Benutzung der Holzunterlage beim Steinekarren zu fordern. Sämtliche Arbeiterinnen haben die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Bauklempner der Firma Clemens in Berlin haben die Arbeit niedergelegt, da die Firma den Tarif nicht einhält. — Die Berliner Gummiarbeiter beschlossen, den Fabrikanten folgende Forderungen zu unterbreiten: der Anfangslohn beträgt bei 10stündiger Arbeitszeit für männliche Arbeiter über 18 Jahre 18 Mk. wöchentlich, für männliche Arbeiter von 16 bis 18 Jahren 13 Mk., für Arbeiterinnen 11 Mk. Die Löhne sollen jedes Jahr um 1 Mk. wöchentlich steigen bis zur Höchstgrenze von 25 Mk. Die jetzigen Löhne sollen um 20 Proz., die Akkordlöhne um 10 Proz. erhöht und die Ueberstunden sollen mit einem Aufschlag von 25 Proz. bezahlt werden. Wo noch keine Arbeiterausschüsse bestehen, sind solche zu bilden. — Der Streik der Vergolder in Berlin hat nach elfwöchentlicher Dauer infolge der Standhaftigkeit der Streikenden mit einem vollständigen Siege der Arbeiter geendet — Der Malerstreik in Hannover dauert fort. Die Verhandlungen mit der Meisterkommission sind gescheitert, da die Kommission in den Hauptforderungen kein Entgegenkommen zeigte. — Vom Schmiedestreik in Leipzig ist zu melden, daß nur noch 32 Gehilfen im Ausstande sind, dagegen in 54 Betrieben mit 153 Gehilfen unter den neuen Bedingungen gearbeitet wird. — Wegen Differenzen bei der Firma Moltrecht u. Reiher, Eisengießerei und Maschinenfabrik, in Oelsnitz i. V. wolle man den Zuzug von Formern bis auf weiteres vermeiden. — Die Differenzen in der Harmonikafabrik von W. Lanka in Gera sind beigelegt. Die Arbeiter errangen durch die Vermittelung des Holzarbeiter-Verbandes 10stündige Arbeitszeit, 11 Prozent Lohnerhöhung, für Ueberstunden 15 Prozent Zuschlag, einen Mindeststundenlohn von 25 Pfg. und 4 Uhr Schluß am Tage vor den großen Festen. — Die in den Nürnberger Kunstanstalten beschäftigten Buchbinder und Arbeiter hatten eine Lohnbewegung begonnen, durch die neben anderen Forderungen hauptsächlich die 9stündige Arbeitszeit erreicht werden sollte. In den Unterhandlungen mit den Arbeitgebern sind die übrigen Forderungen nicht anerkannt worden, dagegen haben sich die Unternehmer bereit erklärt, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen. — Die Bauhilfs-

Ein armer Edelmann.

Roman von Th. Gautier.

2. Fortsetzung.

Pierre nahm den Kessel von dem Haken und goß einen Teil des Inhaltes über das vorher klein geschnittene Brot in eine grobe Schüssel, welche er vor dem Baron hingestellt hatte. Es war die in der Gaskogne noch heutzutage beliebte Suppe, welche man Grabure nennt; hierauf nahm er aus dem Schranke einen Maiskuchen und setzte ihn, nebst einem Stücklein Speck neben die Suppenschüssel. Das war des Barons frugale Mahlzeit, welche er mit zerstreuten, zwischen Mirant und Beelzebub geteilten Blicken verzehrte, während beide Tiere gierig, die Schnauzen in die Luft gestreckt, auf den Moment harrten, wo ihnen einige Bissen des Festmahles zufallen würden. Nachdem ihnen der Baron von der kargen Kost etwas mitgeteilt hatte, beendete er sein Diner und schien dann in schmerzliche Betrachtungen oder mindestens in ein Nachdenken zu verfallen, dessen Gegenstand nicht besonders angenehm sein mochte. Mirant legte seinen Kopf auf die Knie des Herrn und starrte ihn mit seinen vom Alter getrübten Augen an, aus denen jedoch ein Funke menschlichen Verstandes hervorleuchtete. Er schien die Gedanken des Barons zu verstehen. Beelzebub ließ sein Geschnurre ertönen und stieß leise klagende Töne aus, um die Aufmerksamkeit des Barons auf sich zu lenken. Pierre stand in der Ferne unbeweglich, wie die granitenen Gestalten, welche man vor den Eingängen der Kathedrale sieht. Während dessen hatte sich die Nacht niedergesenkt und große Schatten lagerten sich in den Winkeln der Küche, wie Fledermäuse, welche an den Mauervorsprüngen mit der Krallen ihrer fingerreichen Flügel sich festklammern. Der Wind, der sich im Kamine verfangen hatte, belebte den Rest des Feuers, um mit dessen wunderlicher Wirkung die vor dem Tische sitzende Gruppe zu beleuchten, was die trübe Einsamkeit des Schlosses noch mehr hervorhob. Von der einst mächtigen und reichen Familie blieb nur ein vereinzelter Sprößling zurück, der gleich einem Schatten in dem von seinen Ahnen bevölkerten Gebäude umherirrte; von der zahlreichen Dienerschaft war nur noch ein einziger aus Anhänglichkeit geblieben; die Meute von dreißig flinken Hunden war zusammengeschmolzen bis auf einen halbblinden und grau vor Alter gewordenen Rüden; ein schwarzer Kater war die Seele des wüsten Wohnsitzes.

Der Baron gab Pierre ein Zeichen, daß er sich zurückziehen wolle. Sich zum Herde neigend, entzündete Pierre ein Scheit Tannenholz, welches mit Harz überzogen bald empor flammte. Mit diesem einfachen Leuchter in der Hand setzte er sich in Bewegung, dem jungen Baron voranzuschreiten. Mirant und Beelzebub schlossen sich dem Zuge an. Die rauchausströmende Fackel ließ in ihrem Scheine die auf dem Gemäuer befindlichen Fresken sich bewegen und verlieh den rußigen Portraits des Festsaales Leben, so daß sie ihre schwarzen, unbeweglichen Augen mit einem wehmütigen Blicke auf den Ankömmling heftete.

In dem phantastischen Schlafzimmer angekommen, welches wir schon beschrieben haben, zündete der alte Diener eine kleine kupferne Lampe an, deren Docht sich in dem Oel krümmte, wie ein in Weingeist aufbewahrter Bandwurm im Laden eines Apothekers. Hierauf zog er sich, von Mirant begleitet, zurück. Beelzebub, der sich eines freien Zutrittes erfreute, machte sich auf einem der Fauteuils breit. Der Baron nahm den andern für sich.

Sigognac nahm von dem Tische ein kleines Buch, dessen geschwärzter Einband das gepreßte Wappen seiner Familie trug und schickte sich an, die Blätter mit seinen matten Fingern umzuschlagen. Wenn auch seine Augen die Zeilen durchflogen, seine Gedanken waren anderswo, und nur ein geringes Interesse erweckten ihm die Oden und verliebten Sonnette Roncards, ungeachtet ihrer schönen Reime und ihrer sinnreichen Nachahmung des Griechischen. Bald legte er das Buch beiseit und begann langsam sein Oberkleid aufzuknöpfen, wie ein Mann, der, müde des langweiligen Treibens, ohne schläfrig zu sein, dennoch das Bett aufsucht, um in den Armen des Schlafes die Langeweile des Daseins zu vergessen.

Der junge Baron, einziger Nachkomme der Familie Sigognac, hatte in der Tat Ursache, melancholisch zu sein. Seine Vorfahren hatten sich auf verschiedene Art ruiniert, teils durch Spiel, teils durch den Krieg, oder durch den törichten Hang, glänzen zu wollen; so hatte jede Generation der nachfolgenden ein immer mehr vermindertes Erbteil hinterlassen.

Die Lehnsgüter, die Meiereien, die Pachthöfe und Aecker, welche zum Schlosse gehörten, waren Stück für Stück davon abgetrennt worden. Es ist nutzlos, ein gestrandetes Schiff verstopfen zu wollen, wenn das tobende Meer es einmal zwischen die Klippen geworfen und zerschellt hat, so waren auch die Anstrengungen des letzten Sigognac, das Vermögen für seine Familie wiederzugewinnen, nutzlos. Er mußte seinem Sohne dieses zerspaltene Kastell neben einigen unfruchtbaren Aeckern hinterlassen; das Uebrige verfiel den Gläubigern und den Juden.

Die Armut mit ihren magern Händen hatte an des jungen Barons Wiege gestanden. Schon in frühester Jugend seiner Mutter beraubt, die in dem einsamen Schlosse aus Kummer starb, da sie des Leidens gedachte, dem ihr Sohn für die Zukunft entgegenging und wie ihm jede Laufbahn verschlossen blieb, kannte der Baron nicht die Liebkosungen und zärtliche Sorgfalt, von denen die Jugend selbst in minder glücklichen Familien umgeben ist. Die Sorgfalt seines von ihm beweinten Vaters beschränkte sich auf einige verabreichte Fußtritte oder den Befehl, ihm die Peitsche zu geben. Augenblicklich langweilte er sich dergestalt, daß er glücklich gewesen wäre, eine solche väterliche Erinnerung zu erhalten, bei deren Gedächtnis er Tränen vergoß, denn der Fußtritt eines Vaters ist doch eine menschliche Handlung, und fest wie

arbeiter in Essen (Ruhr) treten in den Ausstand. Der Arbeitgeberverband plant eine allgemeine Aussperrung der Bauarbeiter.

Der Vorstand des Deutschen Buchdruckerverbandes hat einen gedruckten Geschäftsbericht auf das Jahr 1903 herausgegeben. Demnach stieg die Zahl der Mitglieder von 34 598 auf 37 341 am Jahresschluß. Die laufenden gesamten Einnahmen betrugen 2 035 513, die Ausgaben 1 794 530 Mk. Das Vermögen des Verbandes ist auf 3 428 014 Mk. angewachsen. Unter den Einnahmen befinden sich 1 843 232 Mk. Mitgliederbeiträge, unter den Ausgaben: Reiseunterstützung 242 857 Mk., Arbeitslosenunterstützung 542 798 Mk., Umzugskosten 16 599 Mk, Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige 583 672 Mk., Unterstützung an dauernd Arbeitsunfähige 169 308 Mk., Begräbnisgeld 33 291 Mk. Die geringe Ausgabe für Rechtsschutz, nur 126 Mk., scheint zu zeigen, daß ernstere Streitigkeiten einzelner Gehilfen im Arbeitsverhältnis so gut wie nicht vorgekommen sind. Die Kosten für den „Correspondent", das Verbandsorgan, betragen 65 120 Mk., die Einnahmen reichlich 51 700 Mk., so daß 13 379 Mk. Zuschuß erforderlich war. Andere Gewerkschaften wurden mit 5000 Mk. aus der Verbandskasse unterstützt, davon entfallen 3000 Mk. auf die Krimmitschauer Weber, die übrigen 2000 Mark auf ausländische Kollegen. Der Bericht konstatiert insofern eine kleine Besserung im Gewerbe, als trotz wachsender Zahl der Mitglieder für Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung 111 990 Mk. weniger gegen das Vorjahr auszugeben waren. Nach dem Tarifverzeichnis vom 1. April 1903 wurde der Tarif in 1315 Städten von 4251 Firmen mit zirka 40 000 beschäftigten Gehilfen anerkannt, gegen das Vorjahr 977 Firmen mehr. Trotz des günstigen Standes der Organisation warnt der Bericht vor allzu optimistischer Auffassung der Lage, wobei besonders auf das „rapide Anwachsen" der Invaliden verwiesen wird, die die Kasse in Zukunft schwer belasten werden. Ihre Zahl stieg im Berichtsjahre von 394 auf 445. Die Bewegung auf Einführung der Setzmaschine hat etwas gestockt, doch tauchten fortwährend neue Projekte und Verbesserungspläne auf. Nach sorgfältigen Ermittlungen gab es in Deutschland in 261 Orten bei 513 Firmen 1026 Setzmaschinen, an denen 1410 Setzer arbeiteten. Interessant ist eine Stelle im Bericht in dieser Beziehung, dort heißt es: „Bei Einführung der Setzmaschinen stellte sich der Mißstand heraus, daß die Verbandsmitglieder wenig Neigung zeigten, sich an der Maschine auszubilden, so daß der Vorstand sich veranlaßt sah, um späteren Schädigungen des Verbandes vorzubeugen, den Lerntrieb an der Setzmaschine dadurch zu heben, daß den bezugsberechtigten arbeitslosen Setzern, soweit sie nicht von der Maschinenfabrik entschädigt wurden, die Arbeitslosenunterstützung während der Lehrzeit weiter gewährt wurde. Nachdem nunmehr ein Mangel an Maschinensetzern nicht mehr vorhanden und namentlich weil der Tarif vorschreibt, daß bei Einführung einer Maschine der Setzer möglichst dem Personal zu entnehmen ist, war der Vorstand gezwungen, vorstehenden Beschluß aufzuheben."

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats beschlossen die Gewerkschaften in Zwickau. Eine Kommission ist bereits mit den Vorarbeiten betraut.

Die Scharfmacher-Zentrale, die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, hat sich am Montag in Berlin endgiltig konstituiert. Der Vorstand wurde ermächtigt, unter Zustimmung des Ausschusses, Kartellverträge mit den dazu bereiten Organisationen abzuschließen. Der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie hat gleichzeitig beschlossen, die Mitgliedschaft der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände zu erwerben. Nun kann es also losgehen!

Die Kriege und das Flaschenbier. Der Flaschenbier-Export nach China und Südwestafrika stockt, und infolge dessen haben die Flaschen-Fabriken nicht genügend zu tun. Die Flaschen-Fabrik in Stralau bei Berlin arbeitet mit drei Schichten zu 5½ Stunden, um den Arbeiterstamm nur einigermaßen zu beschäftigen.

Die sozialdemokratische Partei der argentinischen Republik wird ihren 6. Nationalkongreß in den Tagen des 24., 25. und 26. Juni d. J. in Rosario abhalten.

Der von maurischen Räubern entführte amerikanische Millionär Perdicaris, um dessen Herausgabe [illegible] Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und dem Sultan von Marokko schweben, war, wie dem „Vorwärts" aus London mitgeteilt wird, ein Freund von Karl Marx und beteiligte sich an der sozialistischen Agitation in England. Er hat auch eine Agitation entfaltet zur Unterdrückung des Wuchersystems in Marokko.

Die Parteigenossen von Schwarzburg-Rudolstadt hielten am 5. Juni in Meuselbach unter zahlreicher Beteiligung ihre Landesversammlung ab. Aus dem Kassenbericht ist zu erwähnen, daß seit August vorigen Jahres 1262,96 Mk. eingenommen und 754 Mk. ausgegeben wurden. Es wurde beschlossen, bis auf weiteres jährlich 50 Mk. als festen Beitrag an die Hauptkasse zu zahlen. Die Berichte der Verwaltung und der Landtags-Fraktion wurden zustimmend aufgenommen.

Aus Nah und Fern.

Unfreiwillige Ehrung. Ein Kriegerverein trug in Augsburg einen Kameraden zu Grabe, dem noch einige Kanonenschüsse übers Grab gesendet werden sollten. Doch, o Malheur! Unmittelbar vor dem toten Krieger wurde die verstorbene alte Ehegattin eines roten Proletariers zur letzten Ruhe gebettet und als die Schießmannschaften das Totenglöcklein ertönen hörten, krachten sie feste los. Als der Irrtum bemerkt wurde, war die Munition bereits zu Ehren der Roten verpulvert.

„Elefantenwürstchen". Wie aus Gent berichtet wird, kaufte ein dortiger Schlächtermeister von dem Zoologischen Garten das Fleisch eines getöteten Elefanten und verarbeitete es schleunigst zu „Frankfurter Würstchen". Er konnte dabei nicht weniger als 3800 Pfund Würstchen fabrizieren, die „wie warme Semmeln weggingen". Das vierzig Pfund schwere Herz des Elefanten verkaufte er scheibenweise als Kuriosität. Alle, die von dem Fleisch gekostet hatten, erklärten es als Delikatesse . . .

Am Rande des Abgrundes. Von einem entsetzlichen Kampfe wissen italienische Blätter zu erzählen. Der Gendarm Giacometti aus Cuneo traf auf der Alpenstraße oberhalb Vinadio mit dem Schmuggler Dejiovanni zusammen. Der Schmuggler griff auf dem schmalen Saumwege den Beamten mit einem Stocke an, worauf der Gendarm den Säbel zog. Es entspann sich ein furchtbares Ringen zwischen den beiden Männern, und, Körper an Körper, stürzten sie plötzlich in eine tiefe Bergschlucht hinunter. Der Gendarm konnte sich im Sturz an Buschwerk festhalten und wurde lebend herausgezogen; der Schmuggler aber blieb mit zerschmetterten Gliedern in der Schlucht liegen.

Die Spitzen der Stadt. In Nevers bildet das Hauptgespräch ein großer Skandal, der sich vor einigen Tagen dort zugetragen hat. Ein Arzt feierte seinen Junggesellenabschied und lud zahlreiche Offiziere und Präfekturbeamte dazu ein. Nach der Festlichkeit veranstalteten die Teilnehmer einen Festbummel und verübten in einem Café Chantant einen derartigen Lärm, daß die Polizei intervenierte. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befindet sich der Bürgermeister der Stadt, mehrere Mitglieder der Präfektur und verschiedene Offiziere. Der Präfekt veranlaßte sofort die Entlassung des Bürgermeisters und beider Präfektursekretäre. Die betreffenden Offiziere erhielten 60 Tage Arrest.

Die Eisenbahn vom Kap nach Kairo ist jetzt, wie die Britische Südafrika-Gesellschaft mitteilt, bis zu den Viktoriafällen fortgeführt; sie erstreckt sich also über 1600 englische Meilen von Kapstadt nach Norden. Die Teile der großen Brücke, die die Eisenbahn über die Fälle tragen wird, sind jetzt auf dem Wege nach Südafrika. Man erwartet, daß der Bau vor Ende dieses Jahres vollendet sein wird. Inzwischen wird der Bahnbau um hundert Meilen weiter nördlich bis nach Kalomo, dem Hauptverwaltungsort für Nordwest-Rhodesia, fortgeschritten sein. Die nächste Abteilung, die gebaut wird, ist die vom Sambesi bis Broken Hill, 350 Meilen in der Richtung zum Tanganikasee. Ueber die weitere Fortführung ist noch keine endgiltige Entscheidung getroffen. Die ganze Länge von der von Cecil Rhodes geplanten Bahnlinie beträgt 5700 englische Meilen. Davon sind über 1600 von Kapstadt zum Sambesi vollendet, und von Kairo erstreckt sich die Bahn 1400 Meilen südwärts nach Chartum. Die Teilstrecke vom Kap nach Bulawayo wurde am 1. November im Jahre 1897 eröffnet und die Strecke vom Beira nach Salisbury am 1. Mai 1899.

Die Entdeckung eines bedeutenden Kohlenlagers wird aus Brasilien gemeldet mit dem Hinweis, daß die Funde die industrielle Entwicklung des Landes in aussichtsvollem Lichte erscheinen lassen. Ein besonders großes Kohlenlager nimmt die Umgegend der Ortschaft Imbituba im Staate Parana ein; die kohlenführenden Schichten erstrecken sich über 3000 Hektar. Die den oberen Teilen entnommenen Proben werden als fette Steinkohle bezeichnet. Soweit den bisherigen Untersuchungen zu entnehmen ist, verlaufen die Kohlenfelder von Nord nach Süd durch den mittleren Teil von Parana, und scheinen ihre Fortsetzung in den Kohlenlagern zu finden, von denen die Staaten Rio Grande do Sul und Santa Catharina durchzogen werden.

Ueber einen Streik chinesischer Studenten in Lüttich schreibt man dem „Berl. Tageblatt." aus Brüssel: Während das himmlische Reich im Osten ruhig und neutral bleibt, ist in der Studentenkolonie, die China nach Lüttich entsendet hat, eine kleine Revolution ausgebrochen. Die jungen Herren haben sich über das System der „Kasernierung" beklagt, das ihnen, nachdem sie die Elemente des Französischen erlernt haben, sehr lästig und für das Kennenlernen von Land und Leuten unzweckmäßig erscheint. Sie haben daher ganz einfach gestreikt, sodaß die Kurse, die für sie gehalten werden, ausfallen mußten. Das Heimweh scheint einzelne, die sich zu Rädelsführern ihrer Kameraden aufgeworfen, mächtig gepackt zu haben. Man hat darum von der Maßregel, die Anstifter zu relegieren und in die Heimat zurückzubefördern, Abstand genommen. Um den Streikenden einige Zerstreuung zu gewähren, ließ man sie zum Empfang eines neu eintreffenden, etwa dreiunddreißig Mann starken Kontingents ihrer Landsleute, die gleichfalls in Belgien studieren sollen, nach Brüssel kommen. Es gefiel ihnen dort so gut, daß sich einige entschieden weigerten, nach Lüttich zurückzukehren. Schließlich bewog man sie doch dazu, und auch die Neuangekommenen werden auf Grund von Beratungen zwischen der chinesischen Gesandtschaft und dem Ministerium des Aeußeren in einem vom Staate gemieteten Gebäude daselbst untergebracht. Doch fürchtet man immer noch, daß die Fortführung der Lehrkurse zu peinlichen Schwierigkeiten Anlaß geben könnte.

Bürgertafel.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen: Schlossergeselle Böckmann. Oberlehrer an der Ernestinenschule Breinig. Tischlergeselle Brüdgam. Kaufmann Buck. Prokurist Buck. Kapitän Buckentin zu Travemünde. Referendar Dr. jur. Curtius. Fahrmann Duncker zu Schlutup. Arbeiter Eckmann zu Schlutup. Tischlermeister Festerling. Arbeiter Fischer. Tischlergeselle Frahm. Tischlergeselle Göllner. Referendar Häßler. Holzvogt Hafemann zu Walfsdorf. Arbeiter Hannemann zu Schlutup. Ober Postassistent Harms. Postschaffner Harms. Arbeiter Helm. Referendar Hinrichsen. Hülfs-Schutzmann Hintz. Maschinist Huth. Referendar Dr. jur. Ihde. Arbeiter Kalkhorst. Buchhalter Knüppel. Musiker Köbisch. Schlossergeselle Kruse. Kaufmann Kruse. Schmiedegeselle Krutzki. Fischer Kühn in Gothmund. Ober-Postschaffner Küsel. Tischler Lembcke. Tischlergeselle Matthesius. Handlungsgehülfe Neddermeier. Generalagent Nernst. Tapezierm. Niemann. Tischlergeselle Oertling. Arbeiter Petersen. Versicherungsbeamter Poienberg. Bahnarbeiter Pressin. Prokurist Rabe. Gastwirt Rehbein zu Genin. Schneidergeselle Ritzau. Buchhalter Röhl. Handlungsgehülfe Rohlfien. Ober-Postassistent Sach. Pensionsberechtigter Hülfsarbeiter bei der Steuerbehörde Schmidt. Kutscher Schöning. Handlungsgehülfe Schröder. Tischlermeister Schult. Prokurist Severin. Arbeiter Stapelfeld. Arbeiter Steding. Prokurist Stolterfoht. Schiffszimmermann Strunck. Arbeiter Strunk. Arbeiter Stück. Tischlergeselle Thieme. Bezirksschullehrer Vokuhl zu Krumbeck. Schreiber bei dem Polizeiamte Voß. Stellmachergeselle Wagner. Elementarlehrer Weber. Schlossergeselle Wichmann. Lohndiener Witt. Fischer Witt zu Gothmund. Lagermeister Wulff. Tapezierergehülfe Zelck. Dieselben haben am 25. Mai 1904 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 8. Juni.

Der Schweinehandel verlief ziemlich gut.

Zugeführt wurden 530 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Versandtschweine, schwere 47—48 Mk., leichte 49—50 Mk., Sauen 35—42 Mk. und Ferkel 44—47 Mk. pro 100 Pfund.

Jahren, seitdem der Baron eingesargt unter der Steinplatte im Familiengewölbe der Sigognacs ruhte, lebte der Nachkomme in [illegible] Einsamkeit. Sein Stolz verbot ihm, bei den Jagden und Festen des Adels der Provinz zu erscheinen, da ihm die für seinen Stand notwendige Ausstattung mangelte.

Welch' eine Gestalt hätte der Baron von Sigognac abgegeben in seinem Anzuge, der dem eines Invaliden oder eines Apfelhökers aus der Bretagne glich? Diese Rücksicht hatte ihn auch verhindert, irgend einem Fürsten seine Kräfte als Diener anzubieten. Außerdem glaubten viele Leute, das Geschlecht Sigognac sei erloschen, und die Vergessenheit, die über die Toten noch schneller als das Gras wuchert, löschte diese einst so reiche und mächtige Familie aus, nur Wenige wußten, daß noch ein Sprößling dieses verkommenen Geschlechtes existiere. —

Seit einigen Augenblicken schien Beelzebub unruhig. Er hob den Kopf, als gewahre er einige beunruhigende Dinge. Er wandte sich gegen das Fenster und stützte seine Pfoten auf das Polster, wobei er in die Nacht voll Regen, Sturm und Finsternis zu schauen versuchte, seine Nase bebte und bewegte sich. Ein langes Geheul Mirauts unterbrach die Stille und schloß sich den Kantorsnisse des Katers an. Jedenfalls ereignete sich etwas Ungewöhnliches in der Nähe des sonst so stillen Schlosses. Miraut fuhr fort, mit aller Kraft zu bellen, die ihm sein Alter gestattete.

Der Baron, um für alle Fälle bereit zu sein, knöpfte sein bereits abgelegtes Wams wieder zu und machte sich auf den Weg.

„Was hat denn Miraut, der sonst schnarcht auf seinem Hütterstroh, wie der Hund der Siebenschläfer, daß er heut einen solchen Lärm vollführt? Schleicht etwa ein Wolf um das Gemäuer?" sagte der junge Mann, einen Degen mit schwerem Griffe von der Mauer herabnehmend und sich damit gürtend, wobei er die Schnalle in das letzte Loch brachte, denn der Degenriemen, für den alten Baron bestimmt, hatte drei oder vier Mal den Umfang der Taille des Sohnes.

Drei ziemlich heftige Schläge gegen die Pforte des Kastells ertönten in gleichmäßigen Pausen und riefen die Echos der wüsten Zimmer wach.

Wer konnte zu dieser Stunde die Einsamkeit des Hauses und die Ruhe der Nacht stören? Welcher unwillkommene Reisende durfte an diese Pforte klopfen, die seit langer Zeit nicht geöffnet worden war für einen Gast, weniger aus Mangel an Höflichkeit seitens des Wirtes, als vielmehr wegen Mangel an Besuchern? Wer wollte Einlaß zu dieser Herberge des Hungers, in diesem Kasteiungsort, zu diesem Wohnsitz des Elendes und der Entbehrung?

---

2. Die wandernden Komödianten.

Sigognac stieg die Treppe hinunter, mit der Hand seine Lampe gegen den Windhauch schirmend, der sie zu verlöschen drohte. Er zog den Riegel der Pforte zurück und als er den knarrenden Flügel öffnete, sah er sich einer Person gegenüber, deren Nase seine Lampe fast berührte. Durch das Licht erhellt, zeichnete sich eine groteske Figur auf dem dunklen Hintergrunde ab. Ein Schädel von der Farbe ranziger Butter blitzte in Licht und Regen, eine dunkelrot gefärbte, mit Warzen und Blatternarben bedeckte Nase ragte zwischen zwei kleinen Schädlingsaugen hervor, welche sehr dicke Brauen beschatteten, die sich in seltsamen Bogen spannten, schlaffe Wangen, vom Weine gefärbt und mit roten Äderchen durchzogen, ein Mund, halb den Trunkenbold, halb den Satyr verratend, ein Kinn voll Warzen, in denen einige starre Haare sproßten, vollendeten eine Physiognomie, würdig eines Fratzenkopfes unter dem Bogen des Portals, doch milderte eine gewisse gutmütige Schlauheit das Widerwärtige, welches diese Züge auf den ersten Blick an sich trugen. Die wässerlichen Augenwimpern und die Ecken der bis an die Ohren geschlitzten Lippen zeigten mit gemütlichem Lächeln das Verlangen nach etwas an. Der ganze Marionettenkopf, auf einem Halse von zweifelhafter Weise balanzierend, überragte einen in den Falten eines schwarzen Kittels verlorenen Körper, welcher in Halbzirkelform äußerst höflich grüßte.

„Wollet mich entschuldigen, edler Schloßbesitzer, daß ich selbst an die Pforte Eurer Burg klopfte, ohne mich durch einen Pagen anmelden oder durch einen Zwerg die Glocke läuten zu lassen, und noch dazu in einer späten Stunde kommend. Not kennt kein Gebot und zwingt die feinsten Weltleute zu Versündigungen gegen den guten Ton."

„Was wollt Ihr?" unterbrach ihn, ärgerlich über das Geschwätz des alten Narren, der Baron.

„Gastfreundschaft für mich und meine Kameraden, Prinzen und Prinzessinnen, Leanders und Isabellen, Doktoren und Kapitäns, welche von Flecken zu Stadt lustwandeln auf dem Thespiskarren, welcher Karren, nach antiker Weise von Ochsen gezogen, augenblicklich wenige Schritte von Eurem Schlosse im Kote steckt."

„Wenn ich recht verstehe, so seid Ihr Komödianten der Provinz auf Reisen, und habt den rechten Weg verfehlt?"

„Man würde meine Worte unmöglich besser deuten können," entgegnete der Schauspieler, „und Ihr sprecht trefflich. Darf ich hoffen, daß Eure Herrlichkeit meiner Bitte willfahren?"

„Obgleich meine Wohnung sehr dürftig ist und ich außer Stande bin, Euch große Dinge vorzusetzen, werdet Ihr doch immer besser darin aufgehoben sein, als unter freiem Himmel in strömendem Regen."

Der Pedant, denn dies schien sein Rollenfach bei der Gesellschaft zu sein, empfahl sich mit einer Geberde des Dankes.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. Sämmtlich in Lübeck.